

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Bezugspreis: 70 Halbpennig monatlich, wozu ein halbes Jahrabonnement. — Bestellungen nehmen alle halbjährigen Postämter, Buchhändler und der Verlag (Salle) an. — Preis: 30 Halbpennig. — Druck: 30 Halbpennig. — Inhalt: 30 Halbpennig.

Anzeigenpreis: Für die schrottpolnische Millimeter-Zeile 10 Halbpennig. — Anzeigen im Verhältnis 1 Maß. — Anzeigenannahme durch den Verlag des Politischen Wegweisers, Halle (Saale), Nr. Braunschauerstr. 20. — Druck: 30 Halbpennig. — Inhalt: 30 Halbpennig. — Druck: 30 Halbpennig.

immer 35

Halle a. S., 27. August 1927

3. Jahrgang

## Der Kampf um den Rhein.

Deutsche Reserve — Der Streit zwischen London und Paris — Rein Ostlocarno — Der Handel um die Truppenverminderung — Mangelhafte Vertragserfüllung — Die Magdeburger Kundgebung der Rheinländer — Kämpfe in Genf — Strefemanns Aufgabe — Denkmalsentrichtung — Dinant — Reden des Hayes — Der Erbsprung deutschen Geblüts — Gefährliche Wirkung — Angriffe auf Vanderfelde — Die Rückführung der Frankfurterumwelts — Deutsche Beweislast — Saccp und Banzetti — Die amerikanische Freiheit — Der Flaggenstreit in Berlin — Vorbildliches Vorgehen des Magistrats — Eine Lehre für die Hotels.

Mit tüchtler Gelassenheit beobachtet man bei uns den Kampf um den Rhein. Der sich zwischen Frankreich und England entzweit. Es geht um die Truppenverminderung an. Ein Trostwort wartet man geduldig ab. Wir haben in der Tat keine Veranlassung, irgendwie einzugreifen, sondern überlassen es besser den Engländern allein, ihre Aufgabe zu vertreten. Nur so kann das lächerliche Mißtrauen gegen Deutschland wiedergeboren werden. Ein Erfolg ist dieser Politik der Reserve bereits zu verzeichnen. Die französischen Forderungen, die zum mindesten in der Presse veröffentlicht wurden, ob sie auch amtlich dem Foreign Office zugeleitet wurden, entziehen sich noch unserer Kenntnis, denn bereits eine scharfe Zurückweisung an der Thematisierung. Für jedes Zugeständnis, das eigentlich nach Locarno nur noch die Erfüllung einer Verpflichtung ist, nennen die Franzosen sofort einen Kompromiß. Sie sind nun neuem auf ihren alten Lieblingsgedanken zurückgekommen, daß Deutschland in einem neuen Vertrage die gleichen Bedingungen und unabweislich anerkennen soll, wohl schon vor zwei Jahren mit aller Bestimmtheit erklärt worden ist, daß unser Verzicht auf jede gewaltsame Rückgewinnung des an Polen verlorenen Gebietes die schärfste Darstellung, die wir unter keinen Umständen erheben könnten. London hat diesen neuen Anspruch nicht, ohne daß wir uns dabei irgendwie zu äußern könnten. Dieser Vorgang zeigt, wie richtig es ist, gegenwärtig auch einmal zu schweigen. Derselbe nationale Fehler werden daraus freilich nichts lernen.

Große Hoffnungen setzen wir auf die Erörterungen in Genf. Briand hat sich zwar redlich bemüht, dem Geist von Locarno getreu eine erhebliche Verminderung der Truppen herbeizuführen, aber er ist, daran kaum faun ob er Zweifel walfen, im Kabinett unterlegen. Was die französischen Blätter, die dem Quai d'Orsay nahesteht, ist logenantes Zugeständnis vorgefunden. Lohnt kaum den Kampf, der vorher ging. Auf 50 000 Mann wollen die Franzosen ihren Bestand herabsetzen, wozu noch Belgien und England hinzugezählt werden müssen. In dem letzten Moment vor Locarno war aber ausdrücklich gesagt worden, daß man die Normalstärke erreichen wolle. Das tun nur bedeuten, die Stärke der deutschen Friedensarmeen in diesen beiden Zonen, also 40 000 Mann. Die Erfüllung des uns gegebenen Versprechens können wir beim besten Willen nicht erfüllen. Die französischen Versicherungen, England und Belgien könnten ja etwas mehr tun, müßte man an. Beide zusammen verlangen kaum über ein Siebentel des gegenwärtigen Bestandes und würden in der Tat bei harter Abrechnung nicht mehr ins Gewicht fallen. Der Militarismus hat also einen Sieg erfochten. Ob Koince, wie einige deutsche Blätter behaupten, und zwar merkwürdigerweise auch solche, die ihn früher am heftigsten beschiedt haben, nun, nach seiner Ausprache mit dem deutschen Volkshoch an Hoch verständnisbereiter ist, wissen wir nicht, mößte es auch bis zum Beweise beweisen. Wäre es selbst er Fall, so würde es nur dazutun, daß auch der Herr Ministerpräsident im eigenen Lande nicht viel zu sagen hat.

Die deutsche Außenpolitik steht infolgedessen vor überwindenden Entschlüssen. Eine gebundene Marschroute, die von der Rechten gefordert wird, dürfte Strobesmann mit aller Entschiedenheit ablehnen. Es ist auch nicht anzunehmen, daß das Kabinett diesen Fehler begeht. Selbst die deutschnationalen Minister dürften Bedenken dagegen, einen einmaligen Mißerfolg von vornherein auf ihre Kampfe zu nehmen. Ihnen ist es vermutlich viel lieber, wenn der Reichsaussenminister seine eigene Haut zu Markte trägt. Er kann faun in der Zurückziehung von 3000—4000 Mann fremder Truppen am deutschen Rhein eine ausreichende Folge von Locarno haben. Wahrscheinlich wird er das auch mit aller Bestimmtheit sagen, und er hat in diesem Falle das ganze deutsche Volk hinter sich. Die Rheinländer haben das ja in der Magdeburger Kundgebung mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck gebracht. In ihrer Entschiedenheit liegt es, daß sie lieber die Umbildung der Belastung bis zum letzten Termin, also dem 10. Januar 1935 ertragen, als dem Deutschen Reich neue Opfer zumuten wollen. Das Rheinland hat wieder einmal seine

Treue bewährt. Auch wir sind der Ansicht, daß es gar nicht schaden könnte, wenn Deutschland in Genf ein kräftiges Wort reden würde. Es hat dabei nichts zu verlieren, wohl aber kann es unendlich viel gewinnen, denn hier steht Frankreich allein. Der Völkerverbund dürfte vermutlich nicht im Unklaren darüber sein, daß von dem Verlauf der Verhandlungen keine eigene Erklärung abhängt. Schon das stärkt unsere Stellung. Würde aber selbst Genf ergebnislos bleiben, so müßte ein solcher Ausgang auf die französischen Wahlen im Mai 1928 seine Rückwirkung üben. Vielleicht wäre ein dadurch verstärkter Erfolg der Linken in der Pariser Kammer für die Verständigung der beiden Nationen wirkungsvoller als irgend ein halbes Kompromiß, das jetzt zustande käme.

In Dinant wurde ein Kriegerdenkmal enthüllt. Solche Gelegenheiten verführt immer zu törichten Reden. Man hat auch diesmal diese Gelegenheit voll ausgenutzt. Vielleicht kann man sogar sagen, Franzosen und Belgier haben sich selbst übertriften. Zehn Ansprachen wurden gehalten und jede atmete den Geist des Hasses und der Unversöhnlichkeit. Von Bürgermeister der Stadt angefangen bis zum Kriegsminister Grafen de Broqueville, dem Bischof von Arras, der als geistlicher Herr eigentlich einen anderen Ton anschlagen sollte, und dem Erbsprung Leopold ist nur die eine Melodie gelungen worden. Deutsche Fremden, deutsche Barbaren, deutsches Verbrechen. Das sich auch der Thronfolger in diesen Chor gemischt hat, ist besonders zu vermerken. Er hat nur deutsches Blut in den Adern. Sein Vater ist ein Calurger, seine Mutter eine holländische Prinzessin und Schwägerin des Erkonprinzen Rupprecht. Daß auch Herr Marin aus Paris herbeigezogen war, um den Frieden zu labornieren, nimmt nicht weiter wunder. Er ist im Kabinett ohnedies der Apostel des Hasses und Vertreter des schärfsten Nationalismus. Wir verzeichnen diese Kundgebung mit besonderem Bedauern, da sie naturgemäß ein förmliches Echo im deutschen Lande wecken muß. Wenige Tage vor Genf wirkt es besonders aufsehend, wenn immer nur von der Vergangenheit die Rede ist und niemand daran denken will, daß die Zukunft den Völkern Europas gemeinsame Aufgaben stellt.

In Dinant sind auch bestige Angriffe gegen den belgischen Außenminister Vandervelde vorgegetragen worden. Er hatte sich mit der Reichsregierung geeinigt, eine gemeinsame Kommission unter Vorbehalt eines Neutralen einzusetzen, die sich mit der Frage des Frankfurterumwelts be-

sen einwandrigen darlegen, daß angeordnete Zerstörungen im Gegensatz zu den zufälligen und durch die Kriegslage bedingten — Sühne für begangene Untaten waren und daß die Erbschöpfung tatsächlich mit der Waffe in der Hand ergriffen wurden. Eigentlich könnten die Belgier mit einer solchen Nachprüfung zufrieden sein. Aber offenbar fürchtet man hier und da, daß die eigene Waffe nicht ganz tauber ist. Sonst hätte der ganze Lärm keinen Sinn. Vandervelde hat sich auch bereit erklärt, die Frage der belgischen Neutralitätsverletzung nachprüfen zu lassen. Deutschland muß in diesem Falle ebenfalls nachweisen, daß Belgien seine Neutralität vor anfernen Einmarsch gebrochen hat. Wenn solche Ermittlungen schädlich und ohne Leidenschaft geführt werden, werden sie nicht nur wertvoll für die geschichtliche Klärung, sondern auch für die Verständigung der Völker. Aber gerade das ist offenbar einigen Politikern drüben genau so unbequem wie anderen, die diesseits des Rheines sitzen.

Die Hinrichtung Saccos und Banzettis hat in der gesamten Welt einen Sturm der Entrüstung heraufbeschworen, der bereits zahlreiche Opfer an Menschenleben gefordert hat. Ueber die Frage, ob die beiden Anarchisten den ihnen vorgeworfenen Mord begangen haben oder nicht, wird man ohne genaue Kenntnis der Akten kein Urteil fällen können. Man darf aufhingewiesen wird, daß die sechs Jahre, die seit dem Richterpruch vergangen sind, von den Angeklagten und ihren Verteidigern selbst erzwungen wurden durch immer neue Beweisangebote, so rechtferdig es noch lange nicht die seelische Tortur, denen beide unterworfen wurden. Ein Begnadigungsakt hätte zum mindesten aus Gründen der Menschlichkeit erfolgen müssen, ganz abgesehen davon, daß er Persönlichkeiten der Vereinigten Staaten den Indizienbeweis gegen beide als nicht stichhaltig angesehen haben. Wenn deutschnationale Blätter sich auf die Seite der amerikanischen Justiz stellen, so ist es bezeichnend genug. Anarchisten müssen hingerichtet werden, auch wenn ihre Schuld nicht festgestellt worden ist. Es sind schließlich dieselben Leistungen, die sich mit allen Kräften bemühen, in Magdeburg einen Justizmord zu veranlassen. Sie zeigen wieder einmal, wie international sie denken. Falsch aber war es, daß man in Europa einen derartigen Käim geschlossen hat. Dadurch wurde es für Boston zu einer Preisfrage. Ob ohne diese Entscheidung eine Begnadigung erfolgt wäre, läßt sich allerdings nicht sagen. Eines aber muß einmal ausgesprochen werden. Die Vorstellung von dem freien und vorkbildlichen Amerika ist ein Trugschluß. Auch wenn man sich auf Goethe beruft, rechtfertigt er sich nicht. Wohl sprach der Weimarer von Amerika, daß er es besser habe als der alte Kontinent, weil es nicht mit Schwärmern und anderen Requisiten der Vergangenheit belastet sei. Im übrigen aber wird man kaum sagen können, daß im Lande der Affenprozesse eine Freiheit herrscht.

Der Flaggenstreit hat in Berlin eine Verschärfung erfahren. Die großen Hotels haben am Verfassungskonferenz nicht den Mut gefunden, die Farben des Staates zu zeigen, unter dessen Schutz sie blühen und gedeihen. Lokal-Anzeiger und Berliner Völkerverbund, ganz von den anderen zu schweigen, sagen einschuldend, man hätte auf die Gäste Rücksicht nehmen müssen, die anderer Auffassung sind. Das faun gar nicht scharf genug zurückgewiesen werden. Auf diese Kreise, die schwerer begreifen als normale Menschen, ist Rücksicht unzulässig. Sie säßten ohnedies nicht. Wir bezweifeln es jedenfalls, daß der Magistrat es abgesehen hat, an Beratungskonferenzen in diesen Hotels teilzunehmen. Sowohl an dem Festhalten der Fankfassung im Gplanade wie an den Demers zu Ehren des Komporer Bürgermeisters Walker. Die deutschnationalen Blätter behaupten, daß sei ein Affront gegen die Amerikaner, obwohl der amerikanische Klub eben erst erklärt hat, er halte es für selbstverständlich, daß neben dem Sternendanner auch die Reichsfahge wehe. Ausländer müssen immer erst gewissen Zeilen des deutschen Volkes folgen, wie sie sich zu benehmen haben. Vermutlich kommt es zu einer Einigung, und auf dem Adon wird dann die Fahge schwarz-rot-gold, die ja doch einmal angehaßt werden muß. Hoffentlich ist das eine gute Lehre für die Zukunft.

Richard Man.

**Nichts kommt von selbst,**  
auch die Vertretung unserer  
**Wochenschrift**  
muß erarbeitet werden.  
Werbet bei allen Gelegenheiten Leser!  
Probestücke durch den Verlag

schaftigen soll. Vandervelde ging dabei offenbar von der Erkenntnis aus, daß die Ermittlung der geschichtlichen Wahrheit immer dem Frieden dient, ganz gleich, zu welchen Schlüssen sie gelangen. Deutschland hat nie beirriten, daß die Festigungen dorgennommen und Zivilisten erschossen worden sind. Nur hat es sich dabei immer auf das Völkerverbund berufen, das solche Verbrechen für erlaubt erklärt, sobald Frankfurter Verbrechen verüben. In der Unternehmung fällt uns also die Beweislast zu. Wir müß-

# Der Weg zum Einheitsstaat.

Von Ministerialdirektor Dr. C. F. A. d.

Im Augustheft des „Jahrbuch der deutschen Jugenddemokratie“ nimmt Falk als einer der besten Staatsrechtler zu dem immer aktuelleren Problem das Wort.

Das große nationale Ziel, das unserer, der gegenwärtig lebenden Generation im Rahmen der geschichtlichen Entwicklung unseres Volkes gesetzt ist, ist die Schöpfung der großdeutschen Einheitsrepublik mit dezentralisierter Verwaltung, der gesicherten Einheitsstaat mit Einfluß von Deutsch-Oesterreich.

Die ehemalige Zerstückelung unseres Volkes in zahlreiche kleine und kleine Monarchien wirkt sich noch bis auf den heutigen Tag aus. Denn lediglich als Folge dieser jahrhundertlangenen Kleinstaaterei ist uns als verfassungsmässige Erbschaft der Vergangenheit der Einheitsstaat im Gegensatz zu anderen großen Völkern verlagert geblieben. Unsere neue Weimarer Verfassung hat auf dem Wege zum Einheitsstaate gewaltige Schritte vorwärts gemacht, sie weist starke unitarische Züge auf. Gemäß auf Seiten der politischen Rechte wird vielfach auch heute noch behauptet, dieser in der Verfassung festgelegte unitarische Gebanke sei in Wahrheit keineswegs so stark, wie dies von republikanischer Seite hingestellt werde, denn der Deutsche denke auch heute noch „in Ländern“. Die tatsächlich vorhandenen achtzehn deutschen Länder führten gegenwärtig fast ausschließlich noch ein völlig selbständiges, eigenständiges Leben. Diese Behauptung wird schon durch einen flüchtigen Blick auf die Geschichte unseres Volkes seit Anfang des vorigen Jahrhunderts folgend widerlegt.

Aber auch die innere Gestaltung der einzelnen Länder und des Gesamtreiches trübte ununterbrochen dem Einheitsstaate zu. Die ehemaligen Bundesstaaten führen heute nicht mehr den Namen Staaten, sie werden von unserer neuen Verfassung „Länder“ genannt. Die äußerliche Umbenennung hat eine innere Berechtigung. Die Länder sind eben staatsrechtlich nicht mehr Staaten, wenn sie auch heute noch Verträge haben, die über die Rechte von Selbstverwaltungsorganen hinausgehen.

Die drei wichtigsten Eigenschaften eines selbständigen souveränen Staates sind ihnen genommen. Sie haben nicht das Recht, ihre Verfassung selbst zu bestimmen, sie können über die Grenzen ihres Gebietes nicht selbst Entscheidung treffen und endlich ist ihnen die Finanzhoheit genommen.

Während so die staatsrechtliche Stellung der Länder immer mehr beeinträchtigt wird, tritt das Reich immer härter in den Vordergrund. Sein Gebiet heißt in der Verfassung „Reichsgebiet“, während die Kaiserterreien den föderalistischen Bundesrat „Bundesgebiet“ gebraucht, demgemäß stellt das Reich selbst die Grenzen seines Gebietes im Wege einfachen Reichsgesetzes fest, während es im alten Staate hierzu — gleichgültig, ob es sich um Erwerbungen oder Abtretungen handelte — eines verfassungsmässigen Reichsgesetzes bedurfte.

Auf fast allen Gebieten ist das Recht des Reiches zur Gesetzgebung erweitert. Gemäß, auch heute noch hat das Reich nur die Gesetzgebungsrechte, die ihm in der Verfassung ausdrücklich zugesprochen sind, während die Länder zu allen Gesetzen befugt sind, zu denen ihnen die Berechtigung nicht ausdrücklich entzogen ist. Aber diese Verteilung der Gesetzgebungsmacht hat die dauernde Ausdehnung der Gesetzgebung des Reiches bisher nicht gehindert. Fast jede Verhandlung des Reichstages, fast jede Nummer des Reichsgesetzes ist ein Beweis dafür. Die Gesetzgebungsmacht der Parlamente der Länder beschränkt sich immer mehr auf Ausführungsrechte zu den Reichsgesetzen im Rahmen reichsrechtlicher Ermächtigung.

Daneben greift das neue Reich in immer stärkerem Maße in die Verwaltung ein. Während das alte Reich grundsätzlich auf die Gesetzgebung beschränkt war und nur einige kleine Verwaltungen wie die des auswärtigen Dienstes, der Kolonien, der Marine und der Reichspost (mit Ausnahme von Bayern und Württemberg) hatte — nicht einmal die Verwaltung des Landeswesens war in der Hand des Reiches — hat das neue

Reich auch große reichseigene Verwaltungen geschaffen. Von dem Aufbau der reichseigenen Finanzverwaltung ist schon gesprochen. Die gesamte Wehrmacht steht heute in der Verwaltung des Reiches und daselbst gilt von der Reichspost, die Eisenbahnen der einzelnen Länder sind vereinfacht worden, bis sie heute unter dem Druck des Damascusabkommens in die Verwaltung eines besonderen Unternehmens, der Reichsbahn-Gesellschaft, überführt sind. Zur Verjüngung der Angehörigen der alten Wehrmacht und ihrer Hinterbliebenen ist eine besondere Verwaltung mit den Versorgungsämtern und Hauptversorgungsämtern aufgezogen worden. Und auch diese Entwicklung schreitet ununterbrochen weiter.

Wir sind auf dem Wege zum Einheitsstaate. Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die der Verfallener Vertrag und die übrigen mit ihm im Zusammenhang stehenden sogenannten Friedensverträge geschaffen haben, haben die Wirtschaft und Kultur des alten Europa um Jahrhunderte zurückgeworfen und die europäische Wirtschaft in ihrem Wettbewerb mit aufstrebenden und in gewaltiger Entwicklung befindlichen Staaten Nord- und Südamerikas und den großen Mächten der gelben Rasse im fernen Osten zu das empfindliche geschwächt. Die durch die Friedensverträge herbeigeführte Balkanisierung des alten Europa magt einen Umbau Europas erforderlich, besser gesagt, einen völligen Neuaufbau. Mag diese auf die Dauer unaufhaltsame Entwicklung zur Bildung eines Paneuropas oder zur Errichtung von Vereinigten Staaten von Europa oder zur Schöpfung eines ähnlichen Gebildes führen, jedenfalls wird es in einer solchen weltumfassenden, weltgeschichtlichen Umgestaltung möglich sein, die „Eigenstaatlichkeit“, die Souveränität der 18 deutschen Länder in dem Ausmaße aufrecht zu erhalten, wie sie in den Tagen der Gründung des Deutschen Reiches durch den Fürsten Bismarck bestanden hat.

## Der Stand der Arbeiten im Enqueteauschuss

### Abschluss von Vorbereitungen. — Gesamtbauer 2 Jahre.

Die Arbeiten des Enqueteauschusses, der zu Anfang September wieder seine Kommissionsitzungen aufnimmt, sind nach einer Mitteilung des „Demokratischen Zeitungsblattes“ im Laufe des Sommers zu einem gewissen Abschluss gekommen, d. h. die Vorbereitungen sind in einer ganzen Reihe von Gruppen fertiggestellt worden, sobald die Herbstarbeiten mit der direkten Fragestellung in den einzelnen Gruppen beginnen kann. Es wird damit gerechnet, daß bis zum Sommer 1928 die Berichte der Einzelgruppen fertiggestellt werden können, und daß bis zum Herbst des nächsten Jahres der zusammenfassende Abschluss erfolgen kann.

Die Arbeiten des Enqueteauschusses würden dann zwei Jahre in Anspruch genommen haben. Aufsehenswerte Stellen oft die Frage, ob nicht die vorbereitenden Arbeiten zu weit und deshalb zu langsam abgewandelt worden sind. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß bei der Auftragsverteilung an den Enqueteauschuss nicht einmal festgestellt war, unter welcher Form, und wie die Untersuchung vor sich gehen sollte, und wie die Enqueteauschuss jetzt seine Arbeiten durchführt, läßt die Hoffnung zu, daß das Ergebnis nicht enttäuscht. Die Aufstellung der Strukturpläne in der deutschen Wirtschaft und ihrer weltwirtschaftlichen Beziehungen im Verhältnis zur Volkswirtschaft ist ein umfangreiches Werk. Der Enqueteauschuss gliedert sich in nicht weniger als 30 Untergruppen, und es ist abzuschätzen, die Ergebnisse jeder einzelnen Gruppe, die einen Industriezweig behandelt, in einer Druckchrift festzuhalten. In den nächsten Tagen erscheinen wieder zwei Bände zur allgemeinen Wirtschaftsstruktur und zum Außenhandel mit reichem statistischen Material. Im Druck bzw. in Vorbereitung befinden sich zwei Bände aus dem Arbeitsgebiet der Landwirtschaft, ferner soll noch im Herbst ein Band über die Arbeitsleistungen im Steinhafenbau, einer über den Geldmarkt und ein weiterer erscheinen, der

won der Kartellgruppe veröffentlicht wird. Der Enqueteauschuss hat an sich das Bestreben, nicht zu einem Apparat auszuwachen, was deshalb möglich ist, weil die Anzahl wissenschaftlicher Institute und auch Mitglieder des Ausschusses Arbeiten übernehmen haben. So hat die Arbeiterweltwirtschaftliche Institut unter Professor Dr. Schönbauer und der Arbeitskreis um Professor Gerling fast ausschließlich in den Dienst des Enqueteauschusses gekommen das Institut für Konjunkturforschung.

In einigen Arbeitsgruppen lag von vornherein Material vor, bei den zentralisierten Industrien der Eisen- und Stahl- und des Zugs usw. In anderen Gruppen hat man nicht einmal mit dem Material aus, das Sachverständige bei der Untersuchung der Werksämter in der Schmelzindustrie übergeben haben, was die Untersuchungen in der Kleinindustrie und in der Textilindustrie, wo man schon zu direkten Quellen gelangen kann, nicht einmal im Umfange der Aufnahmen, sondern nur in der Aufklärung der öffentlichen Verhandlungen, das vom Ministerium sein wird, die Vorklären in anderen Vorklären zu schließen.

Durchall als abschließende Berichte noch nicht vorliegen, läßt sich heute sagen, daß die Arbeiten der Enqueteauschusses im Umfange der Aufnahmen, sondern nur in der Aufklärung der öffentlichen Verhandlungen, das vom Ministerium sein wird, die Vorklären in anderen Vorklären zu schließen.

## Die Wirtschaftspartei und das Reichshilfsrecht.

Professor Bredt als Epitome.

Die Stellungen der einzelnen Parteien zum Reichshilfsrecht ergibt sich im wesentlichen aus den Veranschaulichungen. Anders als bei der sogenannten Wirtschaftspartei des Deutschen Reiches, die die Wirtschaftspartei für die Bildung dieser Partei waren nicht Weltanschauungen maßgebend, sondern maßgebend war das Parteiprogramm. Es ist deshalb auch verständlich, daß die Wirtschaftspartei des Mittelstandes angesichts der sozialen Gesetzgebung, wie es der zur Durchführung des Artikels 146 Absatz 2 ist, die Wirtschaftspartei in sehr erhebliche Verlegenheit bringt. Professor Dr. Bredt hat deshalb veranlaßt gesehen, in der „Preussischen Zeitung“ die Stellung der Wirtschaftspartei zur Reichshilfsrecht darzulegen — soweit das überhaupt möglich ist. Er gebärdet sich als Epitome. Er gibt dunkle Redensarten und Andeutungen zu sich, ohne daß er von jemand zu Stande werden kann. So liest man: „Die Wirtschaftspartei nimmt grundsätzlich den Standpunkt ein, daß ein Schulgesetz auf konfessioneller Grundlage notwendig ist um die nötige Sicherheit zu schaffen für diejenigen, die ihre Religion in Kirche und Schule erhalten wollen. Aber ihrer ganzen privatwirtschaftlichen und individualistischen Einstellung muß die Wirtschaftspartei aber den Schwerpunkt darauf legen, daß gerade in religiöser Beziehung kein Gesetz im Deutschen Reich vergemässigt werden darf. Wer will denn hier Gesetze vergemässigt? Und dann ein innerer Professor Bredt daran, daß auch einmal die Wirtschaftspartei ein Schulgesetz eingebracht habe. Das ist allerdings nicht weit gekommen, da das Reichstagsplenum es ablehnte, diesen Entwurf auch nur dem Ausschuss zu überweisen. Man hat der Wirtschaftspartei denn damals doch nicht geglaubt, daß sie den Stein der Weisen erfinden würde. Nur die Deutschnationalen sind damals für die Entwurf des Herrn Professor Bredt und des Herrn Dr. Törring eingetreten. Die übrigen Parteien schlossen sich der Partei an. Zum Schluß erklärte Professor Bredt dem Reichstag: „Für unsere Partei können wir erklären, daß wir jederzeit bereit sind, am Zustandekommen eines Schulgesetzes auf größtmöglicher Grundlage nach allen Kräften mitzuwirken.“ Dr. Professor Bredt und die Wirtschaftspartei dem Reichshilfsrecht zustimmen, das wir noch mehrmals veröffentlichen. Soweit man sich erinnert gibt es ja auch in der Wirtschaftspartei noch Leute mit einer gewissen liberalen Tradition, so z. B. den Vätermeister Dr. Reimlich und andere, von denen man nicht glauben kann, daß sie diesem reaktionären Gesetzwerk ihre Zustimmung geben werden. Zum Schluß wird die Wirtschaftspartei mahrscheinlich so kommen, wie sie immer bei großen wichtigen und grundsätzlichen Gesetzen gestimmt hat: ein Viertel der Abgeordneten stimmt dafür, ein Viertel dagegen, das dritte Viertel enthält sich der Stimme und das letzte Viertel fehlt. Wenn die Väter der Wirtschaftspartei mit einer solchen Haltung nicht zufrieden sind, so hätten sie sich das eben vorher überlegen müssen. Wenn jetzt ein reaktionäres Schulgesetz mit allen ihm in sich selbst veranwortlich, die die Abgeordneten der Wirtschaftspartei ihre Stimme gegeben haben.

## Leipziger Kundgebung gegen das Reichshilfsrecht.

In Leipzig veranstaltete der Leipziger Lehrerverein eine große öffentliche Kundgebung gegen das Reichshilfsrecht. Nach eingehenden Referaten des demokratischen Reichstagsabgeordneten Kretzschmar über

## Grüne Bühne — Felsenbühne.

Die heutige Bühnentechnik mit ihren vielfachen Beleuchtungssystemen und ihren beachtenden Verbindungsorganen ist derartig weit vorgeschritten, daß man meinen könnte, der zu fast jedem Bühnenstück nötige Naturraum sei durch die völlig nachgeahmt und damit ersetzt. Weit gefehlt! Was mit den raffinierten Mitteln der Technik auf der Saalbühne nicht zu erreichen ist, das gelingt der Natur Natur im innigen Verbundenheit mit der Kunst und der — Technik. Da nun das wahre Kunstwerk, dessen göttlichen Impuls wir ahnen, im Gegensatz zu der Erdgebundenheit seines Schöpfers ebenso unerschöpflich ist wie die Natur, so könnte man mit Goethe ausrufen: „Natur und Kunst, sie scheinen sich zu fliehen, und haben sich, es man es denkt, gefunden.“

Den meisten mitteldeutschen Kunstfreunden ist die Bühne des Haryer Bergtheaters bei Thale nicht unbekannt. Tadellos können sie die Sprechern am Bergabhang, in weitem, stets gleichmäßigem Bogen. Ueber die „Grüne Bühne“ mit ihren Felsen hinweg weitet sich der Blick in die Ebene mit ihren hübschen Dörfern und Städten, den saftigen Wäldern und den im Winde wogenden goldenen Getreidefeldern. Ein herrliches Stück Erde, das wie selten ein anderes Natur und Kunst gemeinsam erleben läßt!

Ein nicht minder schönes, aber durch seine Felskolosse viel gewaltiger und mächtiger wirkendes Bild zeigt die Naturbühne Lützenburg im Fichtelgebirge, unweit dem etwas betrübten liegenden St. Pauli-Friedhof Wunsiedel. Mit der Lützenburg, der alten Lössburg, hat die Natur mitten in einen Aedelshof ein Felsenlaboratorium aus riesigen Granitblöcken geschaffen, durch das man nur mit Stauen und erschütterter Bewunderung wandert. Es scheint, als hätte der mächtigste aus dem Stamme der Riesen Tausende von mächtigen Granitblöcken in diesem Hofwald zu seiner Wertebildung zusammengetragen, die in den unglücklichsten und beängstigendsten Stellungen durcheinanderliegen. „Die alle Beschreibung und Einbildungskraft übertragenden, in sich zusammengefügten und gekämmten Gesammeln bilden ein Labirynth, daselbst gleichem mit auf allen meinen Wanderungen niemals wieder vorgekommen ist.“ So

urteilt Goethe, den dieses Felsenwunder zu eingehenden Studien anregte. In diesem Kleinod des Berges liegt nun die Naturbühne Lützenburg. Von den wenig ansehnlichen, terrassenförmig angelegten Schreibern schaut man auf die altertümlichen Granitblöcke, die so hoch stehen, daß sie das Auge nicht mehr zu fassen vermag. Zwischen und auf den moosbedeckten Arzsteinen kriechen riesige Fischen ihr Leben und schmecken stolz in das weite, schmale Hofstatal.

Das ist die Naturbühne, die in ihrer Anlage, ihrer Größe, ihrem massigen Fels- und Hochwaldcharakter ihresgleichen in Deutschland nicht findet. Die tiefe Waldheimlichkeit, das Gemurmel der Quellen und das fröhliche Vogelgeschrei, dazu die Reife der reifen Lössburg, alles das ist im besten Sinne romantisch. Hier sind wir im Reiche der Erregter, der großen und kleinen, des Waldschlagers, des taubenschnellen Nadelmanns mit seinen Wägen und Eisen, in der Welt der Märchen mit der vom Zauberer verwünschten Prinzessin und dem sie erlösenden Königssohn, in dem Bereich der Nibelungen und des Triften, kurz im Lande der Romantik. Man muß Gerhard Hauptmanns „Berufene Glode“, in diesem Naturraum gesehen, erlebt haben: Dieses Volksgesicht von Waldschlager, den wästelpehenden Nadelmann, das Naturind Nautendelen, den Tanz der Eisen, die bald hier, bald dort geisthaft ersehen und ebenso verblühen, und gar den Meister Heinrich in seiner Glodengleichwertigkeit mit seinen Gehtzen, den vielen bunten Zwergen und Kobolden. Das Programm spricht nicht mit Unrecht von „Bühnenbeispielen“. Kann man sich aber einen Nadelmann in seiner denken als an einem Sommerabend in dem Spielplan dieses Hofwaldes! In diesem Jahr steht auf dem Spielplan Schillers „Tell“, Shakespeares „Hamlet“ und „Was ihr wollt“, Hauptmanns „Berufene Glode“ und Euripides „Medea“. Niemand sollte bei einer Fahrt in der Richtung Hof-Regenburg während der Sommermonate verpassen, in Wunsiedel zu rufen und einem Bühnenbeispiel beizuwohnen.

Wie hier sich zu verträumen. Die Nacht im stillen Wald. Wenn in den dunklen Bäumen Das alte Märchen hallt.

Paul Otto Müller.

# Politische Notizen.

## Endlich eine Tat!

Gegner der Wehrmacht sind Gegner der Republik.

In der Öffentlichkeit ist die Vermutung ausgesprochen worden, daß der Flaggenerlaß des Reichswehrministers Geßler vorher dem Reichspräsidenten v. Hindenburg vorgelegen und dessen Genehmigung erhalten habe, ja sogar auf Hindenburgs Besonderen Wunsch überhaupt erst herausgegeben worden sei. Dazu wird von zukünftiger Stelle erklärt, daß der Erlaß eine reine Resortangelegenheit sei, nur die Unterschrift des Reichswehrministers trage und deshalb auch nur unter dessen Verantwortung falle.

Noch bemerkenswerter ist die Auslegung, die man dem Begriff „Gegner der Wehrmacht“ gibt, gegen die sich der Minister Geßler in der Begründung des Flaggenerlasses mit aller Schärfe wendet. Wer waren diese „Gegner der Wehrmacht“? Waren damit die Kreise der Linken gemeint, die mit manchen Einzelheiten in der Leitung des deutschen Reichsheeres nicht einverstanden sind und die insbesondere an mangelhafter parteipolitischen Entgleisungen von Reichswehrstellen Kritik üben? Die Presse der Rechten hat sich natürlich sofort diese Auffassung zu eigen gemacht und mit häßlicher Freude und geistlichen Ausfällen gegen die „Agitation“ aller Schattierungen glossiert. Jetzt stellt sich die Annahme, daß sich die Ausführungen Geßlers gegen links gerichtet hätten, als irrig heraus, denn auf die Frage, wer denn nun eigentlich mit den „Gegnern der Wehrmacht“ gemeint sei, wird vom Reichswehrministerium offiziös die Antwort gegeben: „Die Gegner der Wehrmacht sind die Gegner der Republik“.

Diese klare und eindeutige Feststellung ist zu begrüßen. Sie zeigt, daß der Reichswehrminister erkannt hat, daß diejenigen Leute, die immer mit lauten Worten ihre Reichswehrfreundlichkeit betonen und nur dann, wenn sich eine Anordnung gegen ihre parteipolitischen Machenschaften wendet, alle Begriffe von Disziplin vergessen und maßlos zu schimpfen beginnen, nicht wirkliche Freunde der Reichswehr sind. Daß aber auf der anderen Seite diejenigen, die aus der Reichswehr ein zuverlässiges Instrument der Republik machen wollen, damit auch das nachherlandene Interesse der Wehrmacht wahrnehmen. Alle anderen Auslegungen des Erlasses sind nach der Erklärung des Reichswehrministeriums gegenstandslos und stehen im Widerspruch zu den Absichten seines Verfassers.

## Ehrenschuß in Bayern.

Eine Erklärung des Oberbürgermeisters Luppe.

Im Nürnberger Verwaltungs- und Polizeireferat hatte die sogenannte Fraktion Schwarz-Weiß-Rot wieder einmal einen Mißbilligungsantrag gegen den Oberbürgermeister Luppe eingebracht, weil dieser ihr als entschiedener Republikaner im allgemeinen verhaftet ist, und weil sie mit dem energischen Vorgehen Luppes in dem ihm aufgewungenen Kampfe gegen den Nationalisten Streik unzufrieden ist. Oberbürgermeister Luppe hat sich nach dem „Berliner Tageblatt“ darauf durch den vorliegenden folgende Erklärung verlesen:

„Zu dem Antrage der Fraktion Schwarz-Weiß-Rot gestalte ich mir folgendes zu bemerken. Ich bin seit Jahren und bis zum heutigen Tage ununterbrochen den schwersten Beschimpfungen und Verleumdungen durch nationalsozialistische Mitglieder des Stadtrats in der Presse und im Stadtrat ausgesetzt. Gegen diese Verleumdungen schreite weder Staatsanwalt, noch Polizei, noch Regierung, noch der Stadtrat ein; teils, weil sie glauben, rechtlich nicht dazu in der Lage zu sein, teils, weil sie sich keinen Erfolg davon versprechen. Der Verzicht der öffentlichen Meinung und der Diskreditierung meiner Personlichkeit ist dadurch Tür und Tor geöffnet. Ich möchte gegen diese fälschlichen Verleumdungen und Verleumdungen insbesondere ununterbrochen durch Privatklagen und Zivilprozesse vorgehen. Ich habe dazu weder Zeit noch Geld. Es wird mir auch niemand zuzumuten können, daß ich mich auch noch im Gerichtssaal weiteren Beschimpfungen aussetze. Hinzu kommt aber, daß die tägliche Erfahrung lehrt, daß die Gerichte heutzutage offenbar nicht in der Lage sind, die Ehre der Staatsbürger und insbesondere solcher in hervorragender Stellung ausreißend zu schützen. Die häufigen Freisprechungen und die geringen Strafen sind für den Beschädigten alles eher als ein Schutz seiner Ehre. Bei dieser Sachlage ist es mir selbsthülfe zu greifen nicht anders übrig, als zur Selbsthilfe zu greifen und der Öffentlichkeit zu zeigen, wie die Verleumdungen und Verleumdungen in der Tat zu greifen sind und wie deshalb ihre Beschimpfungen und Verleumdungen einzuschärfen sind. Von diesem Recht der Selbsthilfe habe ich Gebrauch gemacht, da mir die Gelegenheit der Madame Douchet zur Auffklärung der Öffentlichkeit geeignet erschien, nachdem ein Schwerekriegsbefehliger, der von verschiedenen Seiten als durchaus glaubwürdig bezeichnet wurde, eideschwur, die Richtigkeit seiner Behauptungen über Herrn Streicher bekräftigt habe und damit die Möglichkeit einer gerichtlichen Klärung gegeben war. Die Sache hat übrigens noch ihrer gerichtlichen Klärung. So lange man mit keinem Weg zeigen kann, wie meine Ehre ausreichend geschützt wird und mir die fälschlichen Beschimpfungen und Verleumdungen erspart bleiben, die zu ertragen fast über die menschliche Kraft hinausgeht, solange hat niemand das Recht, mir Vorwürfe zu machen über die Wege der Selbsthilfe, die ich zum Schutze meiner Ehre zu gehen genötigt bin. Wer in heutiger Zeit die schwere Bürde eines öffentlichen Amtes an hervorragender Stelle zu tragen hat, hat Anspruch auf vollen Ehrenschutz, wenn er seiner Arbeit gerecht werden soll. Kann ihm der nach Lage der Verhältnisse nicht gewährt werden, so hat er das Recht der Selbsthilfe mit allen ihm

zu Gebote stehenden Mitteln und insoweit muß ich jede Kritik meiner Handlungsweise als ungerechtfertigt zurückweisen.“

Der Senat ging über den Antrag zur Tagesordnung über. Wie bejammert aber ist für Verwaltung und Zufuß des Freistaats Bayern die Tatsache, daß eine hochangesehene und unantastbare Persönlichkeit wie der Nürnberger Oberbürgermeister in voller Öffentlichkeit solche Feststellungen treffen muß.

## Erneuter Flaggensandal Berliner Hotels.

Anschließend am den in Berlin eingetroffenen Bürgermeister von New York, Walker, zu ehren, haben einige Berliner Hotels, u. a. am Anhalter Bahnhof und am Potsdamer Platz, am Mittwoch das Sternbanner gehißt, sie vergaßen aber, gleichzeitig die Reichsflagge zu hissen. Der Amerikanische Klub von Berlin hatte es als Selbstverständlichkeit erklärt, daß er neben dem Sternbanner auch die Reichsflagge zu zeigen pflege. Was für den Amerikanischen Klub von Berlin eine Selbstverständlichkeit ist, das ist es anscheinend für manche Berliner Hotels noch lange nicht. Angehends der gegenwärtigen Erörterungen über die Flaggensfrage muß das jetzige Verhalten der Hotels als direkte Provokation bezeichnet werden.

## Reichsflagge und Berliner Hotels.

Der Arbeitsausschuß der „Vereinigung Republikanische Presse“ hat einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: Die Vereinigung Republikanische Presse“ begrüßt den Beschluß des Berliner Magistrats, in Zukunft diejenigen Berliner Sektors zu meiden, die am Verfassungstage nicht in den Reichsflaggen Schwarz-Weiß-Rot-Gold geflaggt haben und ebenso die Schritte, die das Auswärtige Amt in bezug auf Angelegenheiten unternommen hat. Die allein internationalen Brauch und vordringende Mißbilligung in den Reichsflaggen an dem Tage, an dem Reichspräsident und Reichsregierung Landesregierung und Magistrat im Eintrage mit der großen Mehrheit des Reiches politische Verfassung feiern, bedeutet eine auffällige politische Demonstration gegen Verfassung und Republik. Die „Vereinigung Republikanische Presse“ empfiehlt deshalb ihren sämtlichen Mitgliedern, an Veranstaltungen in den Berliner Hotels, die am Verfassungstage nicht in den Reichsflaggen fliegen, nicht teilzunehmen.

## Die Reis in pommerischen Landbund.

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht in seiner Nr. 390 diesen Brief: Kreisgruppe Randow des Pommerischen Landbundes e. V.

Stettin, den 2. August 1927.

An die Herren Mitglieder.

Die Buchstelle der Kreisgruppe Randow des Pommerischen Landbundes wird ab 1. Juli 1927 laienstechnisch für die Kreisgruppe veranlagt. Aus diesem Grunde ist es notwendig geworden, an Sie mit der Bitte heranzutreten, daß unvernünftig die jetzt fälligen Beiträge in Höhe von 18 Mark zu entrichten, da sonst die Bestreitung laufender Ausgaben, und vor allem die Zahlung der Gehälter, nicht rechtzeitig erfolgen kann. Es ist aber unter allen Umständen notwendig, daß die Angestellten für ihre geleistete Arbeit unverzüglich an dem Fälligkeitstag auch in der Abrechnung ihrer Gehälter kommen.

Wir bitten Sie deshalb um:

Mit Bundesguth.

Kreisgruppe Randow des Pommerischen Landbundes e. V., get. Schlenzig.

Mit anderen Worten: Der Landbund im Kreise Randow ist durch die Höhe in seinen Kassen gezwungen, die Buchstelle abzubauen und mit der Gruppenverwaltung zusammenzuführen, und bei allem ist noch nicht einmal Geld genug da, um die Gehälter für die Angestellten pünktlich auszuhändigen! — Das schmeckt zwar nach Fleiß, wir aber sprechen vorläufiger, zunächst nur von einer Krise. Kann man die noch abblenden?

## 3000 M Strafe wegen Beleidigung des Königs von Sachsen.

Der verantwortliche Schriftleiter der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ in Breslau war vor einem Jahre wegen Beleidigung des früheren Königs von Sachsen zu 600 M Geldstrafe verurteilt worden, weil in einem Artikel dieser Zeitung behauptet worden war, Erbkönig Friedrich August habe auf unrechtmäßige Weise ein Gut in Schlesien an sich gebracht. Gegen dieses Urteil hatten sowohl der frühere König wie der verurteilte Redakteur Berufung eingelegt. Die Berufung des Königs erhöhte jetzt die Strafe angesichts der außerordentlich schweren Beleidigung, die dem früheren König zugefügt worden sei, auf 3000 M bis 300 Tage Gefängnis.

Zu diesem Urteil bemerkt die „Vossische Zeitung“: Die Beleidigung, die dem früheren sächsischen König zugefügt worden ist, ist ganz schwer. Wer abnden deutsche Gerichte derartige Ehrenkränkungen auch dann so streng, wenn es sich um Staatsmänner der deutschen Republik handelt?

## Der Majoratsherr als Flaggendieb.

Nachdem in Westerland nachts wiederholt Schändungen und Diebstähle von Reichsflaggen in größerem Umfang vorgenommen waren, gelang es kürzlich, einem Täter in der Person des 30jährigen Rittergutsbesizers und Majorats Herrn Harry v. Billow auf Rothkamp, Kreis Bördeholm, Schleswig-Holstein, auf frischer Tat zu fassen und zu entlarven. Billow war an die Strandburg des Abgeregneten Steinplatz auf dem Bauz herausgetreten und hatte einen Flaggensack mit Reichsflagge umgerissen und die Reichsflagge beschädigt. Als er entdeckt wurde, ergriff er die Flucht, wurde aber nach längerem Wettlauf mit dem Strandwärtler gestellt und fest-

schulgelebensentwurf und Verfassung“, des Professors Niemann über „Reichsschulgelebensentwurf und Gestalt“, Barth, über „Die finanziellen und pädagogischen Funktionen des Reichsschulgelebensentwurfes“, die starke Zustimmung fanden, faßte die außerordentlich eindrucksvolle aufreue Veranlassung nach einer längeren Aussprache, der Vertreter der verschiedenen Parteien und der Öffentlichkeit zur Verhandlung gegen ganz wenige Stimmen Kommunisten eine Entschließung, die den Reichsschulgelebensentwurf als verfassungswidrig ablehnt, weil er gegen Sinn und Wortlaut der Reichsverfassung verstoße, welche die Schulpflicht des Staates aufhebt und die Schule zernichtet, dafür aber mit erheblichen Kosten minderleistungsfähige Schulen schaffen will. Die Veranlassung forderte dafür die Gemeinschaftsschule, die im Geiste der Tages, auf der Grundlage des deutschen Kulturgesetzes, zu jeder Einheit des Volkes helfen soll.

## Braunschweiger Demokraten gegen das Schulgesetz.

In einer Sitzung des erweiterten Landesvorstandes Deutschen Demokratischen Partei Braunschweig wurde Reichsschulgelebensentwurf folgende Entschließung angenommen: Der Landesverband lehnt den Reichsschulgelebensentwurf auf das entschiedene ab. Er erstreckt sich nicht nur über seinen Mitglieder, sondern um allen freien Staatsbürgern, denen die Einheit der deutschen und die nationale Gemeinschaftsschule am Herzen ist, das heißt, ein jeder in seinem Kreise, der Verwirklichung dieses Schulgesetzes mit allen gefehlichen Mitteln scharfe entgegenzutreten. Der Entwurf ist verfassungswidrig, denn er befreit die Staatshoheit über die Schule, indem sie dem Einfluß von Bekenntnis- und Weltanschauungsgemeinde aus. Der Entwurf zerstört die einheitlich-staatliche Staatsschule und setzt an deren Stelle teils, leistungsschwache Zwerghschulen.

## Landesliche Thüringen gegen Reichsschulgesetz.

Nachdem sich die kirchlichen Vertreter in Baden, die sich Teil zur Deutschen Nationalen Volkspartei zählen, gegen das Schulgesetz gewandt haben, weil es die bewährte lutherische Simultanschule in ihrem ungeschmälerten Bestande geteilt, meldet sich jetzt auch der Landesrat der Thüringer evangelischen Kirche. In einundzwanzigter Weise lehnt er ab, daß der Entwurf der Reichsverfassung auch der thüringischen Simultanschule gewährt wird, die Simultanschule als bestehende Schulform habe sich in Thüringen gegenwärtig ausgebreitet. Es wird darauf hingewiesen, daß die Religionslehrerbüro in Thüringen liegt auf die bestehende Schulform geeignet habe, und in dieser Einigung verfassungswidrige Möglichkeiten für ein gedeihliches Zusammenarbeiten liege. Die Stellungnahme des Thüringer Landesrates ist ein erneuter Beweis, daß der neue unglückliche Reichsschulgelebensentwurf nicht nur im kirchlichen Überalismus, sondern in allen in hat. Man kann in der Erwartung aussprechen, daß Stimmen in Berlin gehört werden, denn man auf dem der Gelehrten zu einem unerhörten Gemeinsinnswang, der auch orthodoxen Kreisen nicht tragbar erscheint.

## Erhaltung der Simultanschule.

Der von der Demokratischen Fraktion der Frankfurter Abgeordnetenversammlung eingebrachte Antrag, der Schutzbestimmung des § 20 des Reichsschulgelebensentwurfes für die Frankfurter Simultanschule fordert, der zusetzt, daß die Gemeinschaftsschule von dem größten der Frankfurter Bevölkerung auch für die Zukunft nicht wird, wurde angenommen. Der Magistrat beschränkt den Antrag und erklärte, daß für Frankfurt a. M. Grund vorliege, etwas an den bestehenden Zuständen ändern. Der Vertreter der Volkspartei nannte die Simultanschule auf Grund seiner Erfahrung die bessere richtigerweise Schule. Auch der Vertreter der nationalen Volkspartei mußte zugeben, daß die Simultanschule in Frankfurt a. M. sich bewährt habe.

## Der Arbeit der demokratischen Reichstagsfraktion.

### demokratische Rentnerantrag.

Die demokratische Fraktion hat im Reichstag den Entwurf eines Rentnerverordnungsgegesetzes eingebracht. Danach sollen verordnungsberechtigt sein alle im In- und Auslande wohnenden deutschen Rentner, deren regelmäßige Einnahmen infolge der Geldentwertung niedriger ist als heute, die ihnen nach diesem Gesetz zugeht, wenn sie 60. Lebensjahre vollendet haben, oder 2. nach Wollens des 60. Lebensjahres erwerbsunfähig sind. Als solche Grundrente wird erworben für die Dreier der Dreier und der Dreierklasse A 60 Reichsmark, für die Dreierklasse B 55 Rm., C 50 Rm., D 45 Rm. Der verordnete Rentner erhält einen Ehegattenzuschlag von 50 Rm. und für jedes Kind des Rentners wird bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres eine Kinderzulage von 25 Rm. der Grundrente gewährt.

Der Entwurf fordert als Versorgungsanspruch neben einer Krankenfürsorge und ferner Sterbegeld, für die Dreier der Sonderklasse und Dreierklasse A 144 Rm. beträgt, für die übrigen Dreierklassen 135 Rm. bzw. 122,50 Rm.

### Zu gefälligen Beachtung!

Die demokratische Fraktion hat im Reichstag den Entwurf eines Rentnerverordnungsgegesetzes eingebracht. Danach sollen verordnungsberechtigt sein alle im In- und Auslande wohnenden deutschen Rentner, deren regelmäßige Einnahmen infolge der Geldentwertung niedriger ist als heute, die ihnen nach diesem Gesetz zugeht, wenn sie 60. Lebensjahre vollendet haben, oder 2. nach Wollens des 60. Lebensjahres erwerbsunfähig sind. Als solche Grundrente wird erworben für die Dreier der Dreier und der Dreierklasse A 60 Reichsmark, für die Dreierklasse B 55 Rm., C 50 Rm., D 45 Rm. Der verordnete Rentner erhält einen Ehegattenzuschlag von 50 Rm. und für jedes Kind des Rentners wird bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres eine Kinderzulage von 25 Rm. der Grundrente gewährt.

genommen. Die Kriminalpolizei hat sich jetzt dieses Falles angenommen.

**Professor Zieturichs Berufung nach Köln.**

Professor Dr. Joh. Zieturich hat vom preussischen Kultusministerium seine Bestallung für die Universität Köln erhalten. Er wird bereits im Wintersemester dort Vorlesungen abhalten. Zieturich hat in wissenschaftlichen und politischen Kreisen vor allem Beachtung durch sein großangelegtes Geschichtswerk gefunden. Von seiner „Politischen Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches“ ist der erste Band, „Die Reichsgründung“, Ende 1925 erschienen. In diesen Tagen wird Professor Zieturich das Manuskript des mit Spannung erwarteten zweiten Bandes vollenden. Das Scheiden des Professors Zieturich aus Breslau wird allgemein bedauert.

**Politisches Theater.**

„Großdeutsche Theatergemeinschaft E. B.“

In diesen Tagen verendet die „Großdeutsche Theatergemeinschaft E. B.“ Werbeprospekte und zwar merkwürdigerweise auf Veranlassung des Deutschen Bühnenbundes, also jener Organisation, die zur parteipolitischen Neutralität verpflichtet ist. In diesen Prospekten heißt es u. a.: „Sie werden sich als deutscher Mensch schwer den sogenannten Berliner Kulturbühnen anschließen können. Die Volkstheater treiben in ihren Theatern zwischen sachlichen Inszenierungen einseitig sozialistische Propaganda und fördern darüber hinaus den Kulturbolschewismus. Auch das Staatstheater, dessen Intendant die bolschewistischen Inszenierungen Piscators mit seinem Namen und seiner staatslichen Stellung deckt, ist seit den berühmtesten „Münchener“ und „Samlet“-Inszenierungen mit Vorzicht zu genießen. Man ist hier vor Ueberfrachtungen nie sicher. Die deutschen Dichter sind auf den Bühnen der Reichshauptstadt heimlos und der deutsche Mensch muß vergeblich warten auf die Offenbarungen dieser seiner deutschen

Kunst.“ Schließlich preist sich die „Großdeutsche Theatergemeinschaft“ als bürgerliche Volksbühne an. Um was es sich bei dieser Gründung handelt, das erkennt man aus der Liste des vorläufigen Beirates. Hier sind nur Mitglieder der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei zu finden. Da ist der Sachwalter des Kaisers, Wirtschaftler Geheimrat Dr. von Berg, da ist weiter der Hochmeister der Kampfstaffel und Oberstleutnant Gahmann vom Stahlhelm. Neben deutschnationalen und deutschnationalistischen Reichstagsabgeordneten haben sich noch unterzeichnet Mitglieder der Ballenerverbände, des Reichslandbundes und des Nationalverbundes Deutscher Offiziere. Diese Mitgliederliste beweist absolut eindeutig, daß hier parteipolitisches Theater gespielt werden soll.

**Ein Urteil aus vergangenen Zeiten!**

Ein Dokument.

„Die Ordnung in München im Jahre 1919 wäre vielleicht kaum so rasch eingetreten, wenn damals nicht der Herr Staatskommissar für Ernährungswesen trotz mancher bürokratischer Bedenken in Berlin dafür gefordert hätte, daß wir hier mehr Brot und Butter und endlich ein besseres Bier bekommen.“

(Aus der Rede des Abg. Brenneisen der Bayerischen Volkspartei in der Landtags-Sitzung vom 27. April 1923.)

**Richter Reinhardt.**

Richter Reinhardt, ein gebürtiger Pfälzer, einer der erfolgreichsten Rechtsanwälte der Stadt Ransau, der für Deutschland in der Zeit der Not viel getan hat, weist in der alten Heimat. Bei seinem Frühstich der Vereinigung Carl Schurz begrüßte Reichstagsabgeordneter Erlenzen die amerikanische Gast. Bei dieser Gelegenheit äußerte er die Aufgaben und Ziele der von ihm gegründeten Vereinigung, nämlich: menschlich freundschaftliche Beziehungen herzustellen zwischen den Bürgern

Deutschlands und den Bürgern der Vereinigten Staaten gleich, welcher Abstammung sie seien. Wenn die Freundschaftsarbeit intensiver und planmäßig weitergeführt werde, so werde ein neues unglückliches Weltkriege wie der letzte Krieg zwischen Deutschland und Amerika vermieden werden können.

**Briefkasten**

**Wland-Bund.** Sonntag, den 27. August Ausfahrt der Klus, Treffpunkt 8 Uhr Kaiser-Denkmal am alten Markt, den 2. September. Zusammenkunft in den Alt-Bürgerhäusern, Aprilstr. 9. Bitte willkommen.

**Salve a. S. J.** Wir teilen gern mit, daß die 27. Juli mit ihrem Artikel „Landrat Wolf, der Teppich“ gerade das Gegenteil damit erreicht hat.

**Anh. Lehrerverein.** Manuskript war unvollständig und daher unbrauchbar.

**Wädern:** Was Dr. Böhme macht, können wir nicht genau mitteilen. Vor einigen Wochen hielt er ein Gedächtnis des Bundes der Bau- und Konzentralen Deutschlands bei und seine Anrede auf die Familien des Gastwirts A. aus Magdeburg zurückzuführen wäre. Daß die Organe des Landbundes heute Dr. B. als Kronbesitzer.

**Salve (Wilde):** Wegen unvollständiger Aufstellung Sie sich mit dem vorigen Postamt in Verbindung setzen.

**Gentlin:** Anschrift lautet: Reichsgeschäftsstelle des Deutschen Demokratischen Partei Berlin SW. 11, Bernburg.

**Beachtenswerte Briefe zum Reichstagsgeheimen** für die Freiheit der Schule. Von J. Lews. „Tageblatt“, Nr. 323 vom 14. Juli 1927.

**Das Reichshausgesetz.** Beiratsrat der „Frankfurtung“, Nr. 323 vom 17. Juli 1927.

**Der Schulgeheimen** gegen die Gemeinschaftsschule. Schultat G. Wolff, Vorsitzender des Deutschen Lehrervereins, „Vollst. Zeitung“, Nr. 179 vom 28. Juli 1927.

**Bilder aus dem Leben unserer Volksschule.** Ausg. Arbeit der Volksschule. Von Paul Kaefer, Min. Direktor im Preussischen Ministerium für Reichsaufbau und Volksbildung, „Berl. Tageblatt“, Nr. 352 vom 28. Juli 1927.

**Für die Freiheit der Schule.** Die gebrochene Linie Georg Wolff, Vorsitzender des Deutschen Lehrervereins, „liner Tageblatt“, Nr. 359 vom 1. August 1927.

**Hotel u. Restaurant „Weißer Bär“**  
Bes. Ad. Thirnagel.

**Deutsche Einheit**  
Wochenchrift  
Herausgegeben von Volkshüter J. D. Graf Verstorff M. D. R. und Senator a. D. Dr. Stubmann.  
Verl.-Verh.-Verlag G. m. b. H., Hamburg 11.  
Bezugspreis: Vierteljährlich 5 RM.

**Parkrestaurant Vogelgefang**  
Täglich Konzert.  
Der Dahlienflor ist in voller Pracht.

**Bauern und Kleinbauern Pächter und Siedler**  
verlangt die  
**Deutsche Bauernzeitung**  
Probefläche kostenlos.  
Reichsverband landwirtschaftl. Klein- und Mittelbetriebe  
Berlin W. 24, Monbijoupark

**Hohenzollern-Park.**  
Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag ab 3 1/2 Uhr  
**Kaffee-Konzert**  
mit  
**Kleinkunst-Bühne.**

**Unsere Herbst-Neuheiten**  
sind eingetroffen!

Maid-Mäntel	große Auswahl	19.50	17.50	13.50	11.50	9.50
Badfisch-Mäntel		26.25	23.50	19.50	16.50	13.50
Damen-Mäntel		48.00	36.00	32.50	28.00	15.00
Frauen-Mäntel	große Weiten			48.00	37.50	27.50
Eoden-Mäntel	prima Qualität				28.50	25.00
Lederol-Mäntel	garantiert wasserdicht				24.00	22.50
Gummi-Mäntel					26.00	22.00
Gummi-Mäntel	Elektrik (Furfschaut)					24.00

**Konsum-Berein**  
für Magdeburg und Umgegend  
Jacobstraße 42      Jacobstraße 42

**Drucksachen**  
für Vereins- u. Privatbedarf  
stellt preiswert her die Buchdruckerei  
**Hugo Alpers**  
Delitzsch - Hallesche Straße 1

**Adressen**  
jeder Art, für Ihren Betrieb, liefert Ihnen der bekannte Dresdener  
**Adressen-Verlag G. Müller**  
Dresden-N. 6, Königsbrücker Platz 2  
(Bitte auf diese Zeitung Bezug zu nehmen)  
Adressenkatalog mit ca. 6000 Serien kostenlos

**J. BORMANN**  
Große Münzstraße 2  
Koffer :: Reistaschen :: Damen-Handtaschen :: Besuchs- taschen :: Altkarten :: Rückflüge :: Sportartikel sowie andere Geschenkartikel.

**Billigste Schuhquelle für Schuhwaren**  
B. Wolff's Gelegenheitskäufe  
Schwertfegerstraße 14/15.

**Kriegsbeschädigte!**  
Eure wirtschaftliche Interessenvertretung ist einzig und allein der auf republikanischem Boden stehende  
**Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen.**  
Ausreichende Versorgung und Fürsorge ist sein Ziel, seine Parole: **Nicht Dank, sondern Recht!** Bestallt Sinein: in den Reichsbund!  
Anmeldungen nehmen entgegen: Gauverwaltungsstelle Magdeburg, Alte Ulrichstraße 18. Bezirksgeschäftsstelle Halle, Spanderstraße 10 III.

**Inferieren bringt Gewinn!**

**Die Hilfe**  
Halbmonatsschrift für Politik, Literatur und Kunst  
Begründer:  
**D. Friedrich Naumann**  
Herausgeber:  
**Anton Erlenzen**  
und  
**Dr. Gertrud Bäumer**  
R. d. R.  
Preis 450 Mt. im Vierteljahr  
Man bestell bei der Post, beim Buchhändler oder beim Verlag Carl Litkef' Erben, Berlin 62, Breite Straße 8-9

**Salzquelle**  
Jeden Sonntag:  
**Konzert**  
Anschließend  
**Tanzkränzchen.**

**Fußbodenholzmatzen Saloufen, Rolläden,**  
Reparaturen, Reparaturmaterial.  
**Jalousiefabrik Schmidt,** gegründet 1871.  
Magdeburg, Heiliggeiststr. 24, Tel. 622.  
**Denken Sie daran Ihre Familien-Anzeigen** nach in unsere Zeitschrift aufzugeben

**Wilhelm Kobel**  
ff. Wurstwaren  
ff. Fleischwaren  
Magdeburg  
Bärplatz  
**Kaufe im Konsumverein**



auf Abänderung einer Vertragsleistung aus solchen Verträgen ist, bis zum 31. August 1927 bei dem zuständigen Pacht-einigungsamt eingehen.

### Die Tätigkeit der Pacht-einigungsämter.

Das „Ministerialblatt der Preussischen Verwaltung für Landwirtschaft, Domänen und Forsten“ bringt in seiner Nummer 32 vom 6. August 1927 eine Zusammenstellung der Ergebnisse aus den Hauptüberprüfungen der Geschäfte der Pacht-einigungsämter für das Geschäftsjahr 1926. Danach sind im Kalenderjahr 1926 nicht weniger als 28.446 Pachtverträge anhängig gewesen, und zwar 16.061 aus dem Jahre 1926 und 12.385 aus dem Jahre 1925.

In 16.258 Fällen handelt es sich um anderweitige Freilegung der Leistung gemäß § 2 Pachtgesetz; 10.972 Einträge bezwecken Pachtverlängerung und Pachtübertragung bei Grundstücken bis zu 10 Hektar nach § 3 des Pachtgesetzes. Tagpachtverträge waren 1052, Pächterpachtverträge 158 anhängig.

Mit Einschluß der aus dem Vorjahr anhängig gebliebenen Sachen haben 1926 21.647 Pachtverträge ihre Erledigung gefunden, sodas am Jahreschluß 6799 anhängig blieben. Bei weitem die Mehrzahl der Fälle, nämlich 20.921, konnten in erster Instanz erledigt werden, und zwar 4569 durch Beschluß des Pacht-einigungsamtes und 6220 durch Vergleich, während 9532 durch Zurückziehung des Antrages, außergerichtlichen Vergleich und auf sonstige Weise endeten. Durch Vorbescheid wurden 176 erledigt.

Die Beschränkung in Anzahl (Landgericht) entschied in 563 Fällen und wiewies 341 an die Vorinstanz zurück, während in 105 Fällen der Antrag zurückgezogen oder durch außergerichtlichen Vergleich gegenstandslos wurde. Im ganzen sind also 1009 Pachtverträge an die Beschränkung gekommen. Bei 700 Fällen, die möglich ist, wenn der Jahrespachtsumme über 500 M beträgt, war nur in 141 Fällen eingeleitet, wovon die Berufungsinstanz 76 durch Entscheidung in der Sache, 8 durch Entscheidung auf Zurückverweisung erledigte und 57 anderweit (Vergleich usw.) zum Abschluß kamen.

Die meisten Pachtverträge (8071) entfielen auf den Oberlandesgerichtsbezirk Celle. Es folgen die Oberlandesgerichtsbezirke A u m b u r g a. S. mit 4784 und B r e s l a u mit 4311 Pachtverträgen. In die Bezirke der Oberlandesgerichte H a m m, K ö l n, S t e t t i n und B e r l i n entfielen 2630, 2027, 1761 und 1738 Fälle, während in den übrigen Vorkamern die Geschäftstätigkeit der Pacht-einigungsämter von sehr viel geringerem Umfange war.

### Gute Ergebnisse des gerichtlichen Güterverfahrens.

Von Justizoberinspektor Otto Meper, Eisen. Ueber die Wirkungen des durch die sog. Gmünger-Berordnung vom 13. Februar 1924 jedem amtsgerichtlichen Rechtsstreit vorgelegten Güterverfahrens gibt interessanter Aufschluß eine Geschäftsstatistik, die das Preussische Justizministerium kürzlich für seinen Bereich der Öffentlichkeit übergeben hat. Für das ganze Reichsgebiet liegen ähnliche Angaben mit Rücksicht auf die bei der Justiz noch bestehende Länderverpflichtung leider nicht vor; es wäre aber zu wünschen, daß die Bestrebungen auf Vereinfachung der Justizverwaltung wenigstens auf diesem Gebiete einmal zu einem Erfolg gelangen könnten.

Nach der erwähnten Statistik sind von den 2 Millionen gewöhnlichen Prozessen rund  $\frac{1}{4}$  Million (468.000) im Güterverfahren erledigt worden. Dieser immerhin beträchtliche Prozentsatz der Rechtsstreitigkeiten konnte also auf gutlichem Wege beendet werden, ohne daß eine Verhandlung vor dem Streitrichter erforderlich war. Von den so erledigten Prozessen ist in 188.000 Fällen ein Vergleich geschlossen worden; es ist also anzunehmen, daß die übrigen 280.000 Sachen entweder durch Rücknahme des Antrages seitens des Klägers oder durch Zahlung der Schulsumme durch den Beklagten ihre Erledigung gefunden haben. Wie ersichtlich, ist also der oft gegen das Güterverfahren erhobene Einwand, daß es nur den Verzicht auf berechnete Ansprüche bewirke, nicht richtig.

Wenn nun trotz des bisherigen günstigen Ergebnisses des Güterverfahrens doch noch 1  $\frac{1}{2}$  Millionen Prozesse vor den Streitrichter gelangen mußten, so zeigt das, daß die Erfolgsmöglichkeiten des Güterverfahrens noch nicht völlig

erschöpft sind. Das wird besonders klar aus folgenden Zahlen der vorerwähnten Statistik: von 2.700.000 mündlichen Verhandlungen waren nur 1.100.000 streitig. Und unter 1.500.000 Urteilen befanden sich 1.180.000 Urteile auf Verzicht, Anerkenntnis, Verzicht und zur Erledigung eines bedingten Endurteils, während nur in 320.000 Fällen ein streitigendes Urteil erlassen worden ist. In rund 100.000 Sachen konnte auch vor dem Streitrichter noch ein Vergleich geschlossen werden.

Diese Zahlen ergeben, daß der Streitrichter heute noch mit einer großen Zahl von Sachen sich beschäftigen muß, die tatsächlich gar nicht streitig sind, und die bei sachgemäßem Ausbau des Güterverfahrens schon in diesem Verfahren hätten erledigt werden können.

Zu einem solchen Ausbau des Güterverfahrens gehört zunächst die völlige Trennung desselben von dem Streitverfahren, damit den Parteien eine unbefangene Aussprache vor dem Leiter des Güterverfahrens möglich ist. Es gehört dazu ferner die Befreiung der heutigen Arbeitsüberlastung der Gerichte, die schon deutlich erkennbar ist aus folgenden wenigen Zahlen der Statistik: die Mahnwachen betragen 1924: 2.000.000; 1925: 4.124.000; 1926: 4.575.000. Die Prozesse stiegen von 778.000 auf 1.849.000 auf 2.382.000. Bei dieser Geschäftslastung fehlt dem Güterrichter die für eine gründliche Vermittlung erforderliche Zeit. Seine deshalb bringend erforderliche Entlohnung kann u. a. dadurch herbeigeführt werden, daß die Urlandsbeamten, die mittleren Justizbeamten in gebührender Stellung, auch am Güterverfahren beteiligt werden. Auf diese Möglichkeit hat u. a. der um die Ausgestaltung des Güterverfahrens hochverdiente bekannte Rechtsanwalt und Schriftsteller Felix Joseph Klein (Köln), wiederholt hingewiesen. Wenn das Reichsentscheidungsamt vom 11. 3. 1921, welches diesen Beamten schon eine Reihe von Richterstellen zur selbständigen Ausübung überwiehen hat, auf das Güterverfahren ausgedehnt würde, so könnte der Prozeßrichter von der großen Zahl nichtstreitiger Sachen befreit werden, was zweifellos eine beschleunigtere Erledigung der eigentlichen Streitigkeiten zur Folge haben würde.

## Beamtenfragen.

### Ein Sieg des Altersprinzips.

Die Beamtenbeziehung unterscheidet beim Aufstieg in eine höhere Gruppe Aufzungs- und Beförderungsfälle. Die ersten gehen nach dem Dienstalter, für die zweiten muß das besondere Bedürfnis oder die besondere Eignung vorhanden sein. So z. B. wird den Philologen und den Lehrern, die mit Recht entfristet sind, daß sie in der oberen ihnen eingeräumten Gruppe (12 bezw. 11) nicht das volle Sechstel erreichen, immer wieder entgegen, das tatsächliche Bedürfnis neuer Oberstudien- oder Konrektorstellen habe nicht nachgewiesen werden können. Vor ähnlichen Sorgen standen jetzt die Hausmeister an den staatlichen Anstalten. Ihnen sind im neuen Haushalt in Anerkennung ihres in der Dienstzeit nicht immer genügend gewürdigten Amtes 78 Stellen in IV eingeräumt worden. Von interessierter Seite war verlangt worden, daß diese Stellen den Hausmeistern an den „Großen Doppelanstalten“ vorbehalten blieben. Diese haben vielleicht mehr Arbeit als die Kollegen an den kleineren Anstalten, aber wohl in der Regel auch mehr Nebenein-

## Pflicht!

Bei allen Einkäufen berücksichtige die Inserenten dieser Zeitschrift.

nahmen. Das Unterrichtsministerium hat ja auch am Los der Direktoren gesehen, wie ungerecht sich solche Mühen auswirken. Der Direktor, der den Zufall einer größeren Anstaltsleitung für sich hat, wird Oberstudienleiter, der noch so angestrengt arbeitende Direktor einer fast ebenso großen Anstalt bleibt Studienleiter. Man hat erfreulicher Weise im Unterrichtsministerium sich daher entschlossen, diese 78 Stellen rein nach dem Dienstalter unter den Hausmeistern aufzuteilen. Der Republik ist wenigstens bei den Hausmeistern der Oberhausmeister erspart.

## Parteinachrichten

### Direktor Stern 70 Jahre.

Direktor J. Stern feierte am 21. August seinen 70. Geburtstag. Direktor Stern, der früher lange Jahre Vorstandmitglied der Preussischen Vereinigung war, geb. dem Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei. In dieser Eigenschaft ist Stern nach dem Kriege unermüdetlich für den Aufbau und Ausbau der Republik tätig gewesen. In wirtschaftlicher Hinsicht gehört er zu den Männern, die die Kartellierung der Spiritus-Industrie durchgeführt haben. Vor einigen Jahren erst hat er sich dem saumännlichen Leben ganz zurückgezogen. Bei seiner schöpferischen und ideenreichen Tätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet hat Stern stets ein warmes Herz soziale Fragen gehabt. Im besonderen stand er Nauma, Barth und Gothein nahe. Direktor Stern feierte sein 70. Geburtstag im engsten Familienkreis im Engadin.

### Die Demokraten an Direktor Stern.

Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei hat an Direktor Stern nachfolgendes Telegramm gerichtet: „Am 21. Geburtstag senden Ihnen die Leitung der Deutschen Demokratischen Partei herzlichste Glückwünsche in voller Würdigung Ihrer bedeutenden Tätigkeit auf dem Gebiet der deutschen Volkswirtschaft, in freudiger Anerkennung Ihres rücksichtslosen Eintretens für Freiheit und Demokratie, in tiefer Dankbarkeit für Ihre treue Arbeit im demokratischen Parteivorstand. Mögen Sie noch manches weitere Jahr in gesunder Frische, Gesehtheit und Körpers dem öffentlichen Wohl Ihre vollen Dienste leihen!“

### Ein demokratischer Veteran.

Der langjährige erste Vorsitzende des demokratischen Vereins in Mainz und der jetzige Ehrenvorsitzende B. Schäfer feierte in diesen Tagen seinen 80. Geburtstag. Schäfer gehörte über 30 Jahre der Mainzer Stadtordnungsverwaltung als Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei bzw. der Fortschrittlichen Volkspartei an. Er war allezeit ein edler und treuer Demokrat, ein Volksmann von großer und freisinniger Gesinnung.

### Gotheins Dank.

Georg Gothein schreibt uns aus Heiligenblut: „Mein ehrliche Wertschätzung, allen meinen Gratulanten eigenmächtig zu danken, habe ich nach dem ersten Hundert erst folgendermaßen leidet aufgeben müssen, da sonst der Zweck meines Hochgebirgsaufenthalts, neue Kräfte für neue Arbeit gewinnen, illusorisch werden würde.“

Ich muß mich daher damit begnügen, auf die Wege meinen herzlichsten Dank auszusprechen und glauibe am besten damit abzutun, zu können, daß ich auch meinem achten Lebensjahrzehnt ungeschwächt so arbeite wie bisher.“

### Landtagsabgeordneter Roth-Neulingen 60 Jahre.

Gabrielant Emil Roth, der durch seine rührige Tätigkeit als Industrieller, wie auch durch seine Tätigkeit als Politiker innerhalb der Deutschen Demokratischen Partei und als württembergischer Landtagsabgeordneter u. a. über die Grenzen seiner eigenen Heimat bekannt geworden ist, hat das 60. Geburtstag gefeiert. Roth hat sich vor allem mit Wirtschaftswissenschaften beschäftigt und durch seine Sachkenntnis im württembergischen Landtag eine führende Stellung eingenommen. Während der großen Kämpfe über die württembergische Gemeindefreier stand Landtagsabgeordneter Emil Roth als Vertreter der Wählervereine, die von den Sozialisten in den Entwürfen des Finanzministers Döbblinge eingebracht worden waren, in den scharfen Auseinandersetzungen mit der Regierung und den Mittelparteien des Landtags.

### Professor Friedrich von Völkner 7.

Der Landesverband Braunschweig der D. D. P. hat schon wieder einen schweren Verlust erlitten. Nach langjähriger Krankheit verstarb im Alter von 78 Jahren unser 7-jähriges Vorstandsglied Professor Dr. v. Völkner. Schulmann und Direktor der Oberrealschule in Braunschweig hat er sich großen Verdienste erworben. Freu stand er guten und bösen Tagen zur Partei. Nach in den letzten Jahren seines Lebens scheute er keine Mühe, wenn es um unserer Sache zu dienen. Sein edler Charakter und lebenswüchsiges Wesen zeigen ihm ein dauerndes Gedenken.

## Für den Gartenbau.

### Eine wertvolle Frühbirne

ist „Marguerite Marillat“. Sie fällt durch ihre Größe und Farbenpracht auf. Große Früchte ertrouen sich stets reifer Nachfrager, besonders dann, wenn verlockende, leuchtende Farben sie zieren. Nicht mit Unrecht sagt man gerade beim Obst: „Man lauft mit den Augen.“ Vielfach sind großfrüchtige Obstsorten in ihrer Güte geringwertig; das ist bei Marguerite Marillat nicht der Fall. Als Hoch- und Halbhaumform eignet sich die Sorte wenig, dagegen für die Spalierform, als Pyramide, Buschbaum und freistehender Schurbaum. Die Verlängerungsriebe müssen jährlich genügend stark zurückgeschnitten werden, wenn stabile Stellen an den Ästen verbündet werden sollen. Die Blüte dauert lange, und sie ist nicht empfindlich. Bei allen Birnen ist die Fruchtzeit von großem Einfluß auf den Geschmack. Alle Frühbirnen läßt man nicht am Baume reif werden, sondern pflückt vorher. Wenn bei leichtem Anheben der Frucht sich der Stiel vom Fruchtstiel löst, ist der rechte Zeitpunkt zur Ernte gekommen.

### Vom Formobst.

Mit der zunehmenden Verbreitung des Formobstbaues hat die Birne bedeutend an Wert gewonnen, weil sie sich für die strengste Form und den dadurch bedingten

Schnitt gut eignet. Birnen werden auch von Schädlingen und Krankheiten viel weniger befallen als Äpfel. An den Wohnhäusern spielt die Südbirne die wärmeliebendste der Birnen eine große Rolle. In Südlagen können auch mit Erfolg die späten Winterbirnen angebaut werden, die bei der reichlich vorhandenen Wärme gut reifen und schmelzend werden, während sonst viel überreifes, grüchliches Fruchtfleisch später Birnen gefragter sind. Auch an der Westküste, also nach Westen, bewährt sich die Birne besser als der Apfel. Jetzt, wo die Räume im Fruchttray reifen und im Laufe vielfach Obstausstellungen abgehalten werden, sollten recht viele Gartenfreunde die Gelegenheit benutzen, sich von sachmännlicher Seite herabzusetzen zu lassen, welche Sorten für die jeweiligen Verhältnisse mit Aussicht auf Erfolg angepflanzt werden können.

### Die Lebensdauer von Buschobstbäumen.

Im allgemeinen wird angenommen, daß Buschobstbäume gegenüber Hochstämmen nur ein beschränktes Alter von etwa 30 Jahren erreichen. Nach meiner Erfahrung ist diese Ansicht unbegründet. Im Jahre 1882, als ich mein Gartengrundstück erwarb, pflanzte ich zunächst hundert Buschobstbäume von Äpfeln und Birnen. Etwa 30 davon

aufstehen im Laufe der Zeit aus verschiedenen Gründen entfernt werden, aber nicht ein einziger wegen Alterschwäche. Etwa 70 Bäume stehen noch heute voller Tragekraft, also nach 45 Jahren, und das in dieser Weise ist noch gar nicht abgeschlossen. Jedem werden sie viel länger als ich leben und dabei noch reichlich tragen.

### Wichtig für Rosenfreunde.

Auch die Rosenseit geht vorüber. Wer die Kunst liebt, nicht vor der Zeit alt zu werden, dem blüht zum letzten Augenblick hin und wieder eine Rose auf, wer seine Gartenrosen jahrelang beherrscht und die ersten Rosen in Samen ergehen läßt, dem können im Garten bis zum Froste, der alles zerstört, immer der Rosen auf. Bei vielen Arten kommen die Blüten am ersten Seitenzweig, die wir als durch reifendenden nach der ersten Blüte hervorgerufen, bei anderen kommen sie nach den Verzweigungen der blühenden Zweige. Diese Büten wir deshalb an den Zweigen nur wenig beschneiden. Monatsrosen blühen fast immer trocken und werden nach Bedarf beschneitten. Kleiner sind im Sommer nach der Blüte zu schneiden, a heften und durch Stützen der Seitentriebe vor Kahlheit zu bewahren.

**Bezirk Magdeburg.**

**Veranstaltungen**  
der

**Deutschen Demokratischen Partei,**  
**Ortsgruppe Magdeburg.**

**Geschäftsführender Ausschuss:** Die nächste Sitzung findet am Montag, den 5. September, abends 7 1/2 Uhr in den Mitgliederversammlungen statt.

**Stammstiftung** für die Mitglieder der D. D. P.: Dienstag, am 30. August, abends 8 Uhr, Hotel „Weißer Bär“, Einheitsstraße 6. Starke Beteiligung erwünscht.

**Preussischer Parteitag**

Der Deutschen Demokratischen Partei am 22. und 23. Oktober d. J. in Berlin, Preussischer Landtag, Prinz-Albrechtstraße 5.

Der geschäftsführende Vorstand des Bezirksverbandes ist in seiner Sitzung vom 22. August die Verteilung der Mandate für den Parteitag vorgenommen und unter Berücksichtigung der berufstätigen Ausschüsse die Mandate für die Unterbezirke wie folgt verteilt:

Landesverband Altmark 2 Vertreter,  
Unterbezirk Satz 2 Vertreter,  
die Kreisvereine Walmstedt und Neubadensleben 1 Vertreter,  
die Kreisvereine Calbe und Rangleben 1 Vertreter,  
die Kreisvereine Zerchow I und II 1 Vertreter.

Die zuständigen Vorsitzenden sind von der Verteilung in Kenntnis gesetzt und bitten wir, um schnellste Namhaftmachung der zu entsendenden Persönlichkeiten. Wir bitten, um Angelegenheit als sehr eisdringlich anzusehen.

**Verpflichtungen.** Zu unserer Notiz in letzter Nummer möchten wir noch ergänzen, daß unsere Mitstreiter, Hauptlehrer Strohmeyer in Angern d. Studientat. Seifert in Seehausen i. A. sprachen.

**Ordnung im Schriftwechsel!** Im Schriftwechsel, gleichgültig, ob er für die Demokratische Partei oder für die in der deutschen Rundschau bestimmt ist, müssen grundsätzlich folgende Angelegenheiten stets auf verschiedenen Bogen niedergezeichnet werden. Es geht nicht an, daß Mitteilungen für die D. D. P. und Berichte an die M. A. untereinander oder durcheinander geschrieben werden, in trenne die Sachen, damit erleichtert man der Geschäftsführung die Arbeit.

Am 18. August verstarb unser Mitliebter, Herr Kaufmann August Peterling, im 62. Lebensjahre. Wir werden an Verstorbenen ein dauerndes Andenken bewahren.

**Haben Sie schon Winterfahrtafeln?**

Einige demokratische Landwirte aus dem Kreis Altmark haben sich bereit erklärt, die Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei mit 14 ausgehauenen Winterfahrtafeln zum Preis von 2 Mark zu versehen. Einzahlungsliste für die Belieferung liegt im Büro der Deutschen Demokratischen Partei, Breiter Weg 40, aus. Schriftliche oder fernmündliche Bestellungen werden entgegengenommen.

**Reichsverbandstag der Rheinländer.**

Die Tagung war überaus stark besucht. Nach längerem Gerede über die politische Lage und die Räumungsfrage wurde die nachfolgende Resolution angenommen:  
Die augenblickliche Lage erfordert dringend, die bewährtesten geistigen Kräfte am Rhein zu veranlassen. Der Verband der Rheinländer gelobt, mit größtmöglicher und noch größerer Hingabe für die Förderung der Landeskultur im Westen zu wirken. Seiner übereinstimmenden Grundmeinung getreu will er sich auch bei allen, über fruchtbringende Gegensätze hinweg für die Einheit der Nation, die Geschlossenheit des Volkstums und der Angerikenshaftigkeit des deutschen Volkstums einsetzen. Dienst an der rheinischen Heimat und deutschen Volk sollen auch in Zukunft auf seine Fahne geschrieben sein.

**Jugenddemokraten in Leipzig.**

Im Rahmen der Bundesversammlung des Reichsverbandes fand im Hotel Hochstein ein Treffen der angehenden Jugenddemokraten statt. Hans Caspari-Berlin sprach über die Aufgaben der jungen Demokratie im Reich.

Er ging auf die Gründung des R. B. ein und war, daß es notwendig sei, nach Eintritt in die gemeindefreie Republik auch tätig mitzuwirken. Eine besondere Aufgabe sei es, an den Ausschüssen der Parteiklassen gegenüber mitzuwirken. Auf den Zusammenkünften mit der sozialistischen Jugend und den Wanderversammlungen lege er besonderen Wert. Außer der Aufgabe, die Politik und deren Einrichtungen zu prüfen, wäre auch eine gewisse Beteiligung notwendig, wobei aktuelles Vorgehen empfohlen werden müsse, um nicht die anderen durch Nachlässigkeit zu falschen Gedankengängen zu veranlassen. Aufgaben der Republikaner sollten gleichmäßig mit den Aufgaben einer kulturellen und sozialen Jugend sein. In der Diskussion sprachen Riemann (Altmark-Magdeburg) und Doermann (Döbeln).

Der Gewerkschaftsverein Deutscher Metallearbeiter, der Budau, veranstaltete am Sonnabend, dem 27. August, abends 8 1/2 Uhr, eine Versammlung im Restaurant Karschstraße 10. Konreiter Henning wird einen nachfolgenden Vortrag halten. Gäste willkommen.

Die Deutsche Demokratische Partei, Ortsgruppe Zerbst Mitte August im Ratskeller eine erweiterte Vorbereitung ab. Zur Vorbereitung standen die zu treffenden Maßnahmen für die bevorstehenden Stadtverordneten- und Kreiswahlwahlen. Eine eingehende Ausprobierarbeit die Aufstellung einer eigenen Liste. Weiter

wurde beschloffen, am 27. August einen Kreisparteitag in Zerbst abzuhalten, der sich neben anderen wichtigen Kreisangelegenheiten gleichfalls an den kommenden Wahlen beteiligen wird.

**Gr. Annenseleben.** Sonntag, den 28. August, vormittags 10.30 Uhr bei Dencke Gedächtnisversammlung für die Gemeinden Gr. Annenseleben, Al. Annenseleben und Gutenseleben. Redner: Parteisekretär Müllers.

**Calbe a. S.** Der bisherige kommunalistische Kreisratsabgeordnete Bachmann ist zur sozialdemokratischen Partei übergetreten. Der Kreisratsklub ist somit wieder mit 4 Sozialdemokraten besetzt.

**Quedlinburg.** Auf Einladung unjurer Ortsgruppe fand eine gut besuchte Versammlung statt, in der Herr Regierungsrat Rautsch Magdeburg außerordentlich interessant und sachlich über die Tragweite eines Reichsschulgesezes sprach, wie es der Keudell'sche Entwurf vorliegt. Waren die Teilnehmer auch zum größten Teil Lehrer und Junglehrer, so konnte man doch feststellen, daß alle Kreise des Volkes sich der Bedeutung des beginnenden Kampfes um die Schule und damit einen wesentlichen Kulturkampf bewußt sind. Das Interesse, das der unmittlere Entwurf allenthalben findet, beweist ferner, daß die Veranstaltung der Versammlung weit über den Rahmen der Demokratischen Partei hinaus begrüßt wurde und infolgedessen auch zahlreiche Besucher aus anderen Parteien sich einfinden.

Regierungsrat Rautsch hob die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes kurz hervor und nahm dann zu den unmittleren Punkten Stellung. Das Gesetz bestimmt hauptsächlich keine Regelschule, sondern will drei Schulen als gleichberechtigt nebeneinander bestehen lassen: die Gemeindefachschule (Simultanfächer) für Kinder aller Konfessionen, die Bekennerschule für die einzelnen Glaubensgemeinschaften und die Bekennerschule, die weltliche oder Weltanschauungsschule. Der Redner wies darauf hin, daß die Verfassung im Artikel 146 eine Regelschule bestimmt, und zwar die Simultanfächer. Also sei das Gesetz verfassungswidrig und könne nur mit zwei Drittel Mehrheit angenommen werden. Diese werde es aber nicht er-

**Un alle!**  
Die Bezugsgebühren für das 3. Quartal  
sind fällig. Wir bitten um Einschaltung. Rückständige Gebühren für das 1. und 2. Quartal, die bis **Mittwoch, den 31. August**, nicht abgeführt sind, werden durch Postnachnahmen zuzüglich Spesen erhoben.

langen, und seine Aussichten seien daher schlecht — wenn nicht die Regierung sich auf den Standpunkt stelle, daß es keine Verfassungsänderung bedeutet.

Man habe eigentlich erwarten können, daß zum Keudell auch die Verhältnisse in den Einzelstaaten mehr Rücksicht nimmt, als sie die Gewährung einer Uebergangsfrist von einigen Jahren bedeutet. Ueberhaupt seien die Rechte der Staaten wenig beachtet worden, denn dem Staat gehöre die Schule, nicht dem Reich und auch nicht der Kirche. Das entspräche ganz der historischen Entwicklung, denn in neueren Zeiten der Schule und der Reichsverfassung. Dem gegenüber sei festzuhalten, daß in dem Keudell'schen Entwurf die Anträge des Zentrumsführers Windhorst aus dem Jahre 1889 hineingearbeitet wären, die das Recht des Staates einräumten wollten zugunsten der Kirche. Es sei die Auffassung verbreitet, es gehe hier um das Christentum, und die angestrebte Simultanfächer sei die religionslose Schule. Das sei falsch. Die Gemeindefachschule habe stark christlichen Charakter, den das Schulgesetz selbst in seinem § 3 festlege. Also, es gehe nicht um den weltlichen Geist, vielmehr erstrebe die katholische Kirche die Macht über die Schule, die sie grundsätzlich dem Staat nicht zubilligen wolle, und der evangelische Kirche gehe es um die Dogmatik, um die Orthodoxie, die ursprünglich dem Protestantismus fern gelegen habe.

Schlieflich wies Regierungsrat Rautsch noch auf die finanziellen Auswirkungen eines solchen Gesetzes hin. 40 Erziehungsberechtigte seien in der Lage, die Einrichtung einer neuen Schule zu verlangen. Es sei also zu erwarten, daß Zwangsschulen in Mengen entstehen werden, die den Gemeinden unermäßig belasten werden.

Der Redner forderte zum Schluß eine Einheitsfront vom bürgerlichen Liberalismus bis zum Sozialismus gegen den Entwurf.

Mit überwiegender Mehrheit wurde auf Vorschlag des Versammlungsleiters, Lehrer Schäfers, folgende **Entscheidung**

angenommen.  
„Gegen den Entwurf eines Reichsschulgesezes wie er vorliegt, erhebt die Ortsgruppe Quedlinburg der Deutschen Demokratischen Partei schärfsten Einspruch!“

Durch die Gleichstellung der verschiedenen Schularten wird das einheitliche deutsche Schulwesen zerstört und die Schulhoheit des Staates aufgehoben. Die Bildungshöhe des Volkes wird herabgedrückt und die Volkseinheit in hohem Maße gefährdet. Der Entwurf bringt nicht den so häufigen Schulfrieden, sondern trägt bis in die kleinsten Gemeinden den Schulkampf. Alle die beachtlichen Neuregelungen bringen eine erhebliche Erhöhung der Schullast, die sich in einer äußerst starken steuerlichen Belastung auswirken muß.

Die Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei der Ortsgruppe Quedlinburg rufen daher alle Freunde der deutschen Volksschule und eines einheit-

lichen, nationalen und unter staatlicher Hoheit stehenden Bildungswesens zum Kampf gegen den vorliegenden Gesetzentwurf auf. In Sonderheit muß es die staatspolitische Aufgabe der preussischen Staatsregierung sein, den vorliegenden Entwurf eines Reichsschulgesezes wegen seines verfassungswidrigen Charakters mit allen Mitteln zu bekämpfen, um dadurch seine Durchführung zu verhindern.

Ein Reichsschulgesez, das den Schulfrieden will, den Kirchen, den Weltanschauungsgruppen, der deutschen Familie, aber auch der ganzen Volksgemeinschaft ihre Rechte gewährleistet, muß eine wertvolle und sinnvolle Ausführung der deutschen Reichsverfassung sein, nach der die Gemeinschaftslehre, in der der Religionsunterricht getrennt nach Bekenntnissen als oberste Pflicht des Lehrfach erteilt wird, die Regel bildet.“

**Salzetal.** Die hiesige Ortsgruppe veranstaltet am Freitag, den 2. September, im Hotel „Prinz Eugen“ einen geselligen Abend, an dem der Landtagsabgeordnete, Herr Medizinalrat Dr. Mathias Bernburg über „Die Gefahren der jetzigen politischen Lage“ sprechen wird.

**Wer hat bezahlt?**

Eingegangene Gelder: R. V. Cothled 4 83 Mk., H. R. Bura 4 83 Mk., H. Z. Wagner 3 25 Mk., A. C. Solpke 6 95 Mk., D. B. Soemgen 1 50 Mk., W. K. Cöthen, Dr. C. Schönebeck 4 65 Mk., H. B. Burg 4 83 Mk.

**Bezirk Halle.**

**Eine merkwürdige Sache!**

**Halle.** In Nr. 23 unseres „Politischen Wegweisers“ veröffentlicht wir nachstehenden aus Lehrerkreisen uns zugegangenen Bericht:

Am Sonnabend, den 21. Mai 1927, abends 6.13 Uhr, hält eine Anabattelle der Latinita zu Halle unter Führung eines ihrer Lehrer auf Bahnhof Bergakelbra und erwartet den Zug zur Heimfahrt. Die Klasse führt eine entrollte schwarz-weiß-rote Fahne von ansehnlicher Größe mit sich. Gleichzeitig mit dieser Veröffentlichung wandten wir uns zur Klärung der Angelegenheit und des Verhaltens des die Fahne führenden Lehrers, der entgegen der mündlichen Verordnung das Führen der Fahne duldet, an eine zuständige Stelle, die das Erörterliche veranlaßt. Dieser Stelle ist nun als Ergebnis der angeforderten Erhebungen folgender Bericht zugegangen:

Am 21. Mai haben 3 Klassen der Latinitischen Hauptklasse den Zug ab Bergakelbra 6.13 Uhr benutzt, eine O II, eine IV und eine VI. Die O II und IV haben keine Fahne bei sich gehabt. Was die Sexta angeht, so könnte folgender Vorgang die Zeitungsnote veranlassen haben:

Die VI hat beim Aufbruch von Halle und der Eisenbahnfahrt nach Stollberg Abzeichen und Fahnen oder Wimpel irgend welcher Art nicht mitgeführt. An dem fraglichen Tag war es stürmischer Stollberg ganz mit schwarz-weiß-roten Fahnen geschmückt, weil ein Kriegerfest dort stattfand. Infolgedessen waren in den Verkaufsständen für Garzanden und ähnliches nur Fahnen in diesen Farben ausgelegt. Es haben sich 5 Jungen in einem Geschäft mit Garzanden ein kleines Fahnen (schwarz-weiß-rot, 15-20 cm breit und 25-30 cm lang, Preis 30 Pfg.) als Spielzeug nach Kinderart gekauft und für Käuber und Gendarm und andere Spiele im Wald verwendet und dabei zum Teil getroden und zerlegt. Eines dieser Fahnen wurde einem Jungen bei der Rückfahrt gleich hinter der Station Stollberg von dem führenden Lehrer weggenommen und in das Gepäck genommen, weil er es zum Fenster des fahrenden Zuges hinauswarf. Daß abends beim Einsteigen auf dem Bahnhof Bergakelbra noch einige von den genannten Fahnen vorhanden waren, ist möglich, ließ sich aber nicht bestimmt feststellen.

Eine entrollte schwarz-weiß-rote Fahne von ansehnlicher Größe hat keine der Klassen mit sich geführt, wohl aber eine Klasse den Latinitawimpel grün-weiß-rot im Ausmaß von 62.30 cm. Da dieser Wimpel infolge seines Alters unansehnlich und schmutzig geworden ist, ist es möglich, daß seine Farben für schwarz-weiß-rot gehalten worden sind.

Nach diesen Feststellungen nehmen wir an, daß keine schwarz-weiß-rote Fahne von ansehnlicher Größe von einer der in Frage kommenden Klassen geführt wurde.

Was die Spielerei der Sextaner mit den kleinen schwarz-weiß-roten Fahnen anbelangt, so dürfte sie nicht gebildet werden, worüber wir dem aufsichtsführenden Herrn das Nötige eröffnen haben.

Soweit der amtliche Bericht des Provinzial-Schullegiums der Provinz Sachsen. — Ueber die Liebhabe der schwarz-weiß-roten Abzeichen und Fahnen unter schwarz-weiß-rot Käuber und Gendarm zu spielen, wollen wir hier nicht reden. Merkwürdig erscheint aber zu bemerken, daß an dem immerhin ansehnlichen Wimpel der Latinita gerade das Alter infolge Alters so unendlich geworden sein soll, daß es unser Gewissmann und zwei seiner Kollegen ganz zweifellos für „Schwarz“ ansehen, während an demselben angeblich so beschmutzten Wimpel die weiße und rote Farbe ganz deutlich geblieben sind. Das merkwürdigste an dem Bericht und den Erhebungen des Provinzial-Schullegiums ist aber, daß eingangs betont wird, keine der in Frage kommenden Klassen, weder die O II, noch die IV, noch die VI habe beim Aufbruch von Halle und der Eisenbahnfahrt nach Stollberg Abzeichen und Fahnen oder Wimpel mit sich geführt und daß dann mit einemmal doch von einem der beschmutzten Latinitawimpel gesprochen wird, den eine der Klassen auf dem Bahnhof Bergakelbra geführt habe. Etwas muß doch

an dieser merkwürdigen Feststellung nicht stimmen. Aber es passiert aber sehr viel Wertwürdiges, und der vorliegende Fall ist besonders typisch.

**Halle.** Herrschliche in Dobin bei Jittau. Unter Leitung des Reichsministers A. D. Dr. K. L. K. findet vom Sonnabend, den 1. bis Dienstag, den 4. Oktober in Dobin bei Jittau eine Herbstjubiläum. Die Veranstaltung ist von der Deutschen Demokratischen Partei Dresden und Jittau in Gemeinschaft mit dem Kulturkreis der Partei einberufen und bringt als besonderes Thema „Landschaftsbeschäftigung und Minderheitenpolitik“. Einen eingehend gehaltenen Prospekt über die Tagung lassen wir den Vorständen der Kreisvereine unseres Wahlkreisverbandes unter Drucklage zugehen. Eine rege Beteiligung an der Veranstaltung auch aus unserem Wahlkreis ist sehr erwünscht. Die Teilnehmerliste sind sehr niedrig gehalten. Einsichtnahme des Prospekts auch im hiesigen Parteibüro.

**Halle.** Der Vorstand des Wahlkreisverbandes macht nochmals auf die unter dem 26. 7. allen Vorständen zugegangenen Richtlinien für vorbereitende Besprechungen zur Feier des Geburtstages des Reichspräsidenten aufmerksam. Wo solche Besprechungen eingeleitet sind, oder schon stattgefunden haben, bittet der Vorstand des Wahlkreisverbandes um Nachricht über Verlauf und Ergebnis an das Parteibüro in Halle.

**Weihenfels.** Die von der Deutschen Demokratischen Partei am Sonntag, den 21. August im Bahnhofs-Restaurant Leihing veranstaltete Verfassungsfest hatte sich eines sehr guten Erfolgs zu erfreuen. Der 2. Vorsitzende Kaufmann Wagner begrüßte die zahlreiche Festfreunde, unter welcher sich eine stattliche Anzahl Parteifreunde nebst Familie aus Naumburg und Weisburg, darunter Landtagsabgeordneter Meinte, sowie auch zahlreiche Reichsbannerkameraden befanden, mit herzlichem Worten. Er betonte, daß sich am 11. August um acht Uhr durch die Nationalversammlung in Weimar keine Verfassung gab, 8 Jahre sind seit jenem demütigenden 11. August vergangen, ohne daß die seit langem begonnene Arbeit, den Verfassungstag durch Festtag zum Nationalfeiertag des Volkes zu machen, in die Tat umgesetzt wäre. Die Ausführungen endeten mit dem Gedächtnis, daß die Deutsche Demokratische Partei wie alle Republikaner, auch weiterhin treu zur Verfassung stehen und kämpfen werden für den Gedanken, ein deutsches Volk, ein deutsches Reich, ein Großdeutsches Land. Unter den Hosten Klängen der Musik stießen schnell die Nachmittagsstunden dahin. Für Unterhaltung und Befähigung war genügend gesorgt. Am Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Forderung auf die Verfassung, welche Schurath, König, Naumburg, übernommen hatte. Am Verfassungstage haben wir auch diesmal wieder schmerzhaft empfunden, daß es noch immer zwei Deutschland gibt, die einander nicht verstehen. Wir sind das einzige unter den großen Völkern, das seinen Nationalfeiertag hat. Das Staatsgefühl in unserem Volke ist an sich nicht stark. Nicht, als wenn wir in dieser Hinsicht schwächer veranlagt wären als irgend ein anderes Volk. Aber durch unsere Geschichte ist lange Zeit das nationale Gefühl allein gepflegt worden, so daß man hinter den Füllten das große Vaterland und seinen Staat nicht sah. Dieses schwach ausgebildete Staatsgefühl wird bis zum heutigen Tage durch die Freie der Mittelpartei zu verdrängen und zu erschüttern verdrängt, eine schwere ausländische Sünde, die kaum in einem Menschenalter wieder gutgemacht werden kann. Wir Demokraten verlangen aus nationalistischen Gründen einen nationalen Feiertag. Wir Demokraten und mit uns alle Republikaner feiern als solchen Tag den, an welchem sich unser Volk die Weimarer Verfassung gab. Weshalb feiern und ehren wir die Verfassung? Sie wende das Schlimmste ab, sie bewahre vor der Balkanisierung Deutschlands und vor der Volkverfälschung unser Vaterland, ja Europa. Die Gegner der Verfassung haben ein sehr kurzes Gedächtnis. Es hat wirklich einmal eine Zeit gegeben, da die Deutsche Zeitung, heute eine der schlimmsten Hetzblätter, die Verfassung, geschrieben hat: „Helden kann uns nur die betreffende schwarz-rot-goldene Tat.“ Wir feiern und ehren die Weimarer Verfassung, weil sie die Umgestaltung unseres Reiches zu einem wirklichen Vaterhaus für alle gebracht hat. Auch der Industriearbeiterstand ist als vollberechtigtes Mitglied aufgenommen worden. Siefördernd gibt es in diesem Vaterhaus nicht mehr. Soffentlich hält in nicht zu ferner Zeit auch das deutsche Volk seinen Einzug. Die Fiktion ist durch die Weimarer Verfassung aufgetan. An dieser Fiktion grüßt das Symbol für den großdeutschen Gedanken, die schwarz-rot-goldene Freiheits- und Einheitsfahne der überreichlichen Völker. Wir feiern und ehren die Verfassung auch deswegen, weil sie unserem Reich eine straffere Vereinheitlichung gebracht hat. Die Teilkaiserzeit ist das deutsche Leid, das deutsche Verhängnis, die schwächste Stelle unserer staatspolitischen Position! Wir Demokraten halten es mit dem Freiherren von Stein, der so sagte: „Ich kenne nur ein Vaterland, und das heißt Deutschland.“ Man sollte doch in den Kreisen der Föderalisten endlich aufhören, aus der Not der Teilkaiserzeit eine Tugend zu machen. Schon Treitschke, ein gewiß in dieser Hinsicht unerschütterlicher Gewährsmann, spricht von der Annemerkung des schmerzlichen Jähers der Kleinkaiserzeit. Wir feiern und ehren die Verfassung, weil sie uns die demokratische, soziale Republik gebracht hat. Aus eigener Kraft in schwerer Zeit hat sich das deutsche Volk durch seine gewählten Glieder diese Verfassung gegeben. Steins Idee ist durch diese Verfassung erfüllt. Der Staat ist das organisierte Volk! nicht irgendein Apparat über diesem Volk. Wir Demokraten freuen uns auch des Symbols der demokratischen, sozialen Republik, der schwarz-rot-goldenen Fahne. Sie ist für uns das Symbol der Mündigkeit, Gerechtigkeit und Einheit. Wir halten treu zur Verfassung und Fahne, weil wir glauben, daß diese Verfassung die Form ist, die dem neuen Lebenswillen der Nation am besten entspricht und die Kräfte am besten zur Entfaltung bringt. Redner

endete mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die deutsche Republik, dem das Deutschlandlied folgte. — Abends 8 Uhr fand der Rückmarsch mit Musik nach Weihenfels statt.

## Soziales

### Reichsbahn gegen Reichstag.

Aus der Demokratischen Reichstagsfraktion sind uns geschrieben: Der Reichstag hat kürzlich ein Gesetz beschlossen, wonach das den Beamten gesetzlich befristete Recht auf Abtretung von Gehaltsbezug erweitert werden soll, wenn der Beamte Gehaltsstelle zum Erwerb eines Eigenheims verwenden will. Dieses moderne Gesetz hat das Reichsbahn-Gesellschaftsrecht in einer Verfügung an ihre Reichsbahnabteilungen erregt und in einer Verfügung an ihre Reichsbahnabteilungen warnte sie diese vor einer geringfügigen Besprechung des Gesetzes in amtlichen Organen, weil sie in dem Gesetz für ihre Beamtenschaft eine wirtschaftliche Gefahr erblickt.

Ohne auf den Jertum in der Begründung der Reichsbahn-Gesellschaft näher einzugehen, zeugt es doch von einer kaum zu überbietenden Disziplinlosigkeit, vor der Durchführung eines Reichsgesetzes zu warnen. Beginnen wir schon wieder jene Besprechungen zu regeln, daß die Reichsbahn-Gesellschaft sich gern dann als aufsehender deutscher Gesetzgebung stehend betraffen möchte, wenn ihr diese Gesetzgebung nicht in den Kram paßt?

Der Schritt läßt auf eine recht geringe Autorität der jetzigen Regierung schließen; wie er sich mit der Erhaltung der Autorität überhaupt vereinbaren läßt, ist Gehaltsminister abstraktionssystemen Bürokratie in der Reichsbahn-Hauptverwaltung. Das Parlament wird sich mit diesem eigenartigen Fall der Gesetzesabgabe näher befassen müssen.

### Die Arbeitsmarktlage in Sachsen-Anhalt im Juli.

Das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt in Magdeburg berichtet: Der allgemeine Wirtschaftsaufschwung setzte sich im Berichtsmontat fort und bewirkte eine weitere Abnahme der Arbeitslosenquote. Immerhin erfolgte der Rückgang der Arbeitslosigkeit nicht ganz in dem Umfange des Vormonats. Der Grund liegt einerseits in einer gewissen Sättigung mit Arbeitskräften in wichtigen Industriezweigen, wobei allerdings der fortbauende Mangel an Facharbeitern in der Maschinenindustrie und im Bauwesen immer noch beachtenswert ist. Andererseits ist der beschränkte Umstellungsmöglichkeit der noch vorhandenen Erwerbslosen auf die Erfordernisse an Arbeitsmangel leitender Wirtschaftszweige (Landwirtschaft, Braunkohlenbergbau). Zu nennen ist in einzelnen Industriezweigen eine etwas lebhaftere Aufnahme-fähigkeit in der Fahrzeugindustrie, ferner ist der langsame Aufschwung in der Kinderwagen- und in der Eisenwarenindustrie. Die Bauwirtschaft blieb reger. Der Beschäftigungszug in den Bauindustrien verlagerte sich der Bedarf in der chemischen Industrie verlagerte sich der Bedarf in der Kunststoffeindustrie und in der Düngemittelfabrikation. Die Vorbereitungen für den Wergang von den modischen Zweigen der Winterfahne brachten allerdings in der Schuhindustrie ein leichtes Absinken der Tätigkeit mit sich. Stilllegung einer Glasfabrik sowie einer Zellulosefabrik vermochten die Gesamtmenge der zu befristeten Stellen des Monats der Verringerung der allgemeinen Arbeitsmarktlage demotopien der Verringerung nicht annehmbar nachzukommen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug im Juli 1928 noch immer 11,4 % der Arbeitssuchenden überhaupt. Nach der Arbeitslosenstatistik ging die Fiktion der unterfertigten Erwerbslosen von 25 714 am 1. 7. 27 im Verlaufe des Juli auf 19 788 am 1. 8. 27 zurück. Auch die Zahl der Kreismittelverfügbaren empfänger war am 1. 7. 27 mit 6992 im 1928 gegenüber dem 15. 6. 27 geringer. Die Zahl der Hilfsarbeiter betrug am 15. 7. 27 5388 gegen 5896 im Vormonat. Die Vermittlungsergebnisse der öffentlichen Arbeitsämter waren mit 32963 ein fast 35% höher als im Vormonat. Arbeitsuchende waren am Schlusse des Berichtsmontats noch 38 630 (im vorm. 46 503), offene Stellen 6320 (5392) vorhanden.

### Auf neuzeitliche Verkaufsmethoden

wird es in Zukunft mehr als bisher nicht nur im Detailgeschäft, sondern namentlich auch bei der Arbeit der Reisenden und Vertreter ankommen, die dem Wirtschaftskampf gewachsen sein wollen. Gelegenheit, die moderne Verkaufsmethode eingehend kennenzulernen, bietet ein Kursus in Kundenwerbung, Besuchsvorbereitung und Kundendienst, den die Reichsvereinigung der Reisenden und Vertreter im Gewerkschaftsbund der Angestellten vom 5. bis 9. September im Organisationsinstitut Dr. Florowski und Dr. Ing. Hamburger, Berlin, Leipziger Straße 115-116, veranstaltet und an dem jeder Reisende und Vertreter teilnehmen kann. Auskünfte erteilt die Reichsvereinigung der Reisenden und Vertreter im GdV, Berlin-Zehlendorf, Schweitzerhof.

### Deutschnationales Doppelspiel.

Unter dem Schirmwort „Agitation und Politik“ macht das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, die „Nationalliberale Korrespondenz“, folgende recht interessante Mitteilungen über die deutschnationalen Bundesbrüder: „Als die Bemühungen um die Schaffung der bürgerlichen Regierung einsetzten, arbeiteten deutschnationale Abgeordnete, so Herr Lambach und andere, besonders stark mit dem Hinweis darauf, daß die Deutschnationalen und das Zentrum sehr eng auf sozialpolitischen Gebiet zusammenarbeiten wollten. Man ließ es dabei aus an Seitenbenen auf die Deutsche Volkspartei nicht festlegen, die nach Ansicht jener Herren als angebliche Partei der Wirtschaft für die Sozialpolitik nicht genügend zu haben sei. Ganz anders als Herr Lambach hat sich vor einigen Tagen der deutschnationale Landtagsabgeordnete Conrad aus Breslau in einer Mittellandsversammlung in München ausge-

sprochen. Er führte dort nach dem Bericht des „Breslauer Kurier“ Nr. 211 vom 2. August folgendes aus:

„Er bedauere, daß das Arbeitsgesetz und die Arbeitsgerichtsgehe im Reichstag durchgegangen seien. Die jetzigen deutschnationalen Minister hätten diese Gesetz nicht verbrochen, die seien schon dagewesen und mußten über übernommen werden (1). Es sei nicht möglich gewesen, trotz allen Widerstandes, Wideränderungen in die Gesetzgebung hineinzubringen. Unsere Deutschnationalen müßten es von „außen her“ zu Fall bringen.“

„Was mag“, so fährt das volksparteiliche Organ fort, „Herr Reichsminister Dr. Koch, der sich als deutschnationaler Arbeitervertreter feiern läßt, zu solchen Reklamespartei-Reden veranlassen? Und wie soll Herr Conrad die von seiner Partei mitgeschickte Arbeitsgesetzgebung „von außen her“ zu Fall bringen? Das wohl sein Geheimnis. Immerhin möchten wir doch wissen, den Gewerkschaften das eine zu erzählen und dem Mittelstande das Gegenteil.“

### Zur Lohnsteuerpflicht.

Zur Lohnsteuerpflicht hat der Reichsfinanzhof in letzter Zeit mehrfach Stellung nehmen müssen und die folgende Grundthese ausgesprochen:

„Zubehörsgegenstände an Arbeitnehmer sind Gehalt und nicht Lohnsteuerpflichtig. Dabei ist es gleichgültig, ob die Gehaltsentlastung ein Zubehörsgegenstand des Arbeitgebers oder des Arbeitnehmers erfolgen.“

Dagegen wird ein Lohnsteuerpflichtiger Vorgang begründet, wenn der Arbeitgeber zu Gunsten des Arbeitnehmers eine Versicherung abschließt und die Prämienzahlung, um damit eine Alters- bezw. Hinterbliebenen-Versicherung für den Arbeitnehmer zu begründen.

Gegen ist die Lohnsteuer zu entrichten, wenn der Arbeitgeber die Beiträge des Arbeitnehmers an Krankenkasse, welcher dieser freiwillig beiträgen ist, zahlen übernimmt hat.

### Neue Bücher.

**Republikanischer Volkskalender.** Verlag Gutenberg-Druckerei Mainz. Preis 80 Pfg. Wir können allen Publikanten diesen Kalender bestens empfehlen.

Die „Deutsche Theater-Ausstellung Magdeburg 1927“ im Spiegel der Presse. Die „Deutsche Theater-Ausstellung Magdeburg 1927“ hat in einem kleinen, mit Bildern von dem festangestellten Ausstellungsleiter, die wichtigsten der zusammengefaßten, die über die Ausstellung von der deutschen und ausländischen Presse gefüllt worden sind. Die Zusammenstellung bietet natürlich nur eine kleine Auswahl der zahlreichen Besprechungen, die über die Theaterausstellung geschrieben worden sind, aber auch diese Auswahl läßt sich wohl als ein wertvolles Hilfsmittel für den Theaterkritiker anerkennen, das für deutsche Kultur und auch für die Theaterkritik in aller Welt zu werden und damit auch für die Theaterkritik in der New York Herald die Ausstellung, ein hunderttausendmaliges Zeugnis deutscher Kultur und die Berlin-Litende bezeugt sie als „ausgangspunkt“.

Peter Reinhold, Deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik. Eine Reise gehalten am 28. April in Hamburg, 40 S., Preis 80 Pfg., 1927. Braunschweig, M. 1.-. Dr. Peter Reinhold, der Reichsminister der Finanzen im Jahre 1926 von Generaldirektor der Reichsbank und durch die deutsche Steuerkraft im Jahre 1927 überreicht, gibt hier eine Zusammenfassung der von ihm in der Hamburger Versammlung zu internationalen Diskussionen beigetragen, nicht einen Auszug der deutschen Finanz- und Wirtschaftspolitik des Jahres 1926, sondern darüber hinaus die nächsten Forderungen weiteren Entwicklung für die Zukunft; hier wird eine Zusammenfassung von Wirtschaft und Finanzen gegeben und gezeigt, wie weit die Materie sich durchdringen müssen, daß es keine Finanzen ohne Wirtschaft, keine Kultur ohne Wirtschaft, aber auch keine Wirtschaft ohne bauernd betrieblender Wirkung geben könne, die die materiellen Interessen der Nation zu befriedigen und die Leser helfen wird, sich die Durchdringung aller nationalen Forderungen mit dem ethischen und sozialen Geist der Vorkämpfer Reinhold stets mit. „Die Hoffnungen der nächsten Zukunft liegen einzig begründet in der Arbeit, die die materielle Entwicklung durch die großen Ziele der humanitären Wirtschaftspolitik.“ Bestellungen an: Der Reichsminister der Finanzen, Postfach 10, Berlin 1.

Der erste Band des großen Sammelwerkes „Die Verordnungen des Deutschen Reiches und der Deutschen Reichsregierungen“ von Ministerialdirektor Dr. F. A. L. Berlin, herausgegeben von Dr. Hirschberg-Magdeburg, ist jetzt im Verlag von Carl Peters Magdeburg erschienen. — Es ist dies der erste Band „Die Polizeiverordnungen des Reiches“ (Polizeiverordnungen des Reiches), bearbeitet von dem derzeitigen Polizeidirektor der Regierung Magdeburg, Regierungsrat Dr. Hirschberg.

Die Materie geordnet bringt diese Sammlung alle im Reichsgebiet Magdeburg geltenden Polizeiverordnungen der Oberpräsidenten, des Regierungspräsidenten, sowie der Polizeiverordnungen für den Polizeibereich Magdeburg und städtischen Polizeiverwaltung.

Der Preis des gut und dauerhaft gebundenen Exemplars beträgt M. 28.50. Das Werk ist in gemeinverständlicher Sprache erläutert, so daß es auch einem Laien möglich ist, sich darüber zu unterrichten, welche polizeilichen Bestimmungen zu beachten sind.

Es erscheint begründenswert, daß gerade jetzt wieder die Bedeutung der Rechtsvorschriften haben eine völlige Bedeutung gegen früher gebracht und es ist nicht nur dem Laien häufig auch dem Fachmann schwer, festzustellen, an Bestimmungen gelten und welche aufgehoben sind. Die Sammlung, deren erster Band das Hirschberg'sche Bildnis wird fortgesetzt. In ihr werden in nächster Zeit erscheinen: „Die Polizeiverordnungen des Deutschen Reiches der preussischen Landesregierungen“, bearbeitet von Ministerialdirektor Dr. F. A. L. Berlin, „Die Polizeiverordnungen des Reiches“, bearbeitet von dem derzeitigen Polizeidirektor Dr. Hirschberg-Magdeburg, Regierungsrat Dr. Hirschberg. Wert wird durch Nachträge fortgesetzt.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag Ludwig Müns, Magdeburg. Druck: Buchdruckerei Hugo Alpers (Alt. Fig.), Dessau.

### Bei unregelmäßiger Post-Behaltung

beschweren wir sich stets bei dem zuständigen Amt, auch dann, wenn dem Leser unsere Zeitung durch den Verlag überwiehen wird.

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Nummer 35

Halle a. S., 27. August 1927

3. Jahrgang

## Der Kampf um den Rhein.

Deutsche Reserve — Der Streit zwischen London und Paris — Rein Ostlocarno — Der Handel um die Truppenverminderung — Mangelhafte Vertragserfüllung — Die Magdeburger Rundgebung der Rheinländer — Kämpfe in Genf — Strefemanns Aufgabe — Denkmalsenthöhung — Der Diamant — Reden des Hages — Der Erbprinz deutschen Geblüts — Gefährliche Wirkung — Angriffe auf Vanderelbe — Die Klärung des Frankfurterumwelts — Deutsche Beweislast — Saccp und Benazzi — Die amerikanische Freiheit — Der Flaggenstreit in Berlin — Vorbildliches Vorgehen des Magistrats — Eine Lehre für die Hotels.

Mit tüchtiger Gelassenheit beobachtet man bei uns den Kampf, der sich zwischen Frankreich und England entzweit. Es geht um die Truppenverminderung am Rhein. Trostlos wartet man geduldig ab. Wir haben in der Tat keine Veranlassung, irgendwie einzugreifen, sondern überlassen es besser den Engländern allein, ihre Aufgabe zu vertreten. Nur so kann das übliche Mißtrauen zwischen Deutschland niedergeboren werden. Ein Erfolg ist dieser Politik der Reserve bereits zu verzeichnen. Die ungenügenden Forderungen, die zum mindestens in der Presse wurden, ob sie auch amtlich dem Foreign Office gestellt wurden, entzieht sich noch unserer Kenntnis, denn bereits eine scharfe Zurückweisung an der Thematisierung. Für jedes Zugeständnis, das eigentlich nach einem nur noch die Erfüllung einer Verpflichtung ist, nennen die Franzosen sofort einen Kaufpreis. Sie sind nun neuem auf ihren alten Lieblingsgedanken zurückgekommen, daß Deutschland in einem neuen Verträge die eigenen endgültig und unwiderruflich anerkennen soll, wohl schon vor zwei Jahren mit aller Bestimmtheit erklärt worden ist, daß unser Verzicht auf jede gewalttätige Eingriffsgewalt in dem von uns verlorenen Gebietes die ungenügende darstellte, die wir unter keinen Umständen zurückgeben wollten. London hat diesen neuen Anspruch verworfen, ohne daß wir uns dabei irgendwie zu äußern hätten. Dieser Vorwand zeigt, wie richtig es ist, gegen die Politik der Reserve zu sprechen. Deutschnationale läßt werden daraus freilich nichts lernen.

Große Hoffnungen setzen wir auf die Erörterungen in Genf nicht. Briand hat sich zwar redlich bemüht, dem Geist von Locarno getreu eine erhebliche Verminderung der Truppen herbeizuführen, aber er ist, daran kaum faun ob ein Zweifel walten, im Kabinett unterlegen. Was die französischen Blätter, die dem Locarno-Vertrag nachsehen, als sogenanntes Zugeständnis verzeichnen, lohnt kaum den Kampf, der vorher ging. Auf 50 000 Mann wollen die Franzosen ihren Bestand herabsetzen, wozu noch Belgien und England hinzuzurechnen werden müssen. In dem letzten Wechsel vor Locarno war aber ausdrücklich gesagt worden, daß man die Normalstärke erreichen wolle. Das kann nur bedeuten, die Stärke der deutschen Friedensmissionen in diesen beiden Zonen, also 40 000 Mann. Eine Erfüllung des uns gegebenen Versprechens können die Franzosen in diesen beiden Zonen nicht erfüllen. Die französischen Außenminister, England und Belgien könnten ja östlichen Zusicherungen, England und Belgien könnten ja etwas mehr tun, müßte man an. Beide zusammen vertragen kaum über ein Sechstel des gegenwärtigen Bestandes und würden in fallen. Der Militarismus hat also nicht mehr ins Gewicht fallen. Der Militarismus hat also einen Sieg erlitten. Ob Locarno, wie einige deutsche Blätter behaupten, und zwar merkwürdigerweise auch solche, die ihn früher am heftigsten befördert haben, nun, nach seiner Ausprägung mit dem deutschen Volkshofen von Hochverständlicher ist, wissen wir nicht, mögen es auch bis zum Beweise bezweifeln. Wäre es selbst der Fall, so würde es nur darin, daß auch der Herr Ministerpräsident im eigenen Lande nicht viel zu sagen hat.

Die deutsche Außenpolitik steht infolgedessen vor schwerwiegenden Entscheidungen. Eine gebundene Marschroute, die von der Rechten gefordert wird, dürfte Stresemann mit aller Entschiedenheit ablehnen. Es ist auch nicht anzunehmen, daß das Kabinett diesen Fehler begeht. Selbst die deutschnationalen Minister dürften Bedenken tragen, einen so wichtigen Mißerfolg von vornherein auf ihre Kampfe zu nehmen. Ihnen ist es vermutlich weit lieber, wenn der Reichsaussenminister seine eigene Haut zu Markte trägt. Er kann faun in der Zurückziehung von 5000—6000 Mann fremder Truppen am deutschen Rhein eine ausreichende Folge von Locarno geben. Wahrscheinlich wird er das auch mit aller Bestimmtheit sagen, und er hat in diesem Falle das ganze deutsche Volk hinter sich. Die Rheinländer haben das ja in der Magdeburger Rundgebung mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck gebracht. In ihrer Entscheidung hieß es, daß sie lieber die Unbillen der Besatzung bis zum letzten Termin, also dem 10. Januar 1928 ertragen, als dem Deutschen Reich neue Opfer zumuten wollen. Das Rheinland hat wieder einmal seine

Treue bewährt. Auch wir sind der Ansicht, daß es gar nicht schaden könnte, wenn Deutschland in Genf ein kräftiges Wort reden würde. Es hat dabei nichts zu verlieren, wohl aber kann es unendlich viel gewinnen, denn hier steht Frankreich allein. Der Völkervertrag dürfte sich auch nicht in Unklaren darüber sein, daß von dem Verlauf der Verhandlungen seine eigene Existenz abhängt. Schon das stärkt unsere Stellung. Würde aber selbst Genf ergebnislos bleiben, so müßte ein solcher Ausgang auf die französischen Wahlen im Mai 1928 seine Rückwirkung üben. Vielleicht wäre ein dadurch verstärkter Erfolg der linken in der Pariser Kammer für die Verständigung der beiden Nationen wertvoller als irgend ein halbes Kompromiß, das jetzt zustande käme.

In Dinant wurde ein Kriegerdenkmal enthüllt. Solche Gelegenheiten verführt immer zu törichten Reden. Man hat auch diesmal diese Gelegenheit voll ausgenutzt. Vielleicht kann man sogar sagen, Franzosen und Belgier haben sich selbst überboten. Zehn Ansprachen wurden gehalten und jede atmete den Geist des Hasses und der Unversöhnlichkeit. Vom Bürgermeister der Stadt angefangen bis zum Kriegsminister Grafen de Broqueville, dem Bischof von Arras, der als geistlicher Herr eigentlich einen anderen Ton anschlagen sollte, und dem Erbprinzen Leopold, der die eine Melodie gelungen worden. Deutsche Grausamkeit, deutsche Barbarei, deutsches Verbrechen. Daß sich auch der Thronfolger in diesen Chor gemischt hat, ist besonders zu vermerken. Er hat nur deutsches Blut in den Adern. Sein Vater ist ein Coburger, seine Mutter eine bayerische Prinzessin und Schwägerin des Kronprinzen Rupprecht. Daß auch Herr Marin aus Paris herbeigeeilt war, um den Frieden zu labornieren, nimmt nicht weiter wunder. Er ist im Kabinett ohnedies der Anwalt des Hasses und Vertreter des schärfsten Nationalismus. Wir verzeihen diese Rundgebung mit besonderem Bedauern, da sie naturgemäß ein stürmisches Echo in deutschen Lande wecken muß. Wenige Tage vor Genf wirkt es besonders aufreizend, wenn immer nur von der Vergangenheit die Rede ist und niemand daran denken will, daß die Zukunft den Völkern Europas gemeinsame Aufgaben stellt.

In Dinant sind auch heftige Angriffe gegen den belgischen Außenminister Vanderelbe vorgetragen worden. Er hatte sich mit der Reichsregierung geeinigt, eine gemeinsame Kommission unter Vorbehalt eines Neutralen einzusetzen, die sich mit der Frage des Frankfurterumwelts be-

sen einmündig darlegen, daß angeordnete Zerstörungen im Gegensatz zu den zufälligen und durch die Kriegslage bedingten — Sühne für begangene Untaten waren und daß die Ershoffenen tatsächlich mit der Waffe in der Hand ergriffen wurden. Eigentlich könnten die Belgier mit einer solchen Nachprüfung zufrieden sein. Aber offenbar fürchtet man hier und da, daß die eigene Weite nicht ganz sauber ist. Sonst hätte der ganze Lärm keinen Sinn. Vanderelbe hat sich auch bereit erklärt, die Frage der belgischen Neutralitätsverletzung nachprüfen zu lassen. Deutschland muß in diesem Falle ebenfalls nachweisen, daß Belgien seine Neutralität vor anderem Einmarsch gebrochen hat. Wenn solche Ermittlungen schlicht und ohne Leidenschaft geführt werden, werden sie nicht nur wertvoll für die geschichtliche Klärung, sondern auch für die Verständigung der Völker. Aber gerade das ist offenbar einigen Politikern drüben genau so unbequem wie anderen, die diesseits des Rheines sitzen.

Die Hinrichtung Saccos und Benazzi hat in der gesamten Welt einen Sturm der Entrüstung heraufbeschworen, der bereits zahlreiche Opfer an Menschenleben gefordert hat. Lieber die Frage, ob die beiden Anarchisten den ihnen vorgeworfenen Mord begangen haben oder nicht, wird man ohne genaue Kenntnis der Akten kein Urteil fällen können. Wenn darauf hingewiesen wird, daß die sechs Jahre, die seit dem Richterpruch vergangen sind, von den Angeklagten und ihren Verteidigern selbst erzwungen wurden durch immer neue Beweisanträge, so rechtfertigt es noch lange nicht die seelische Tortur, denen beide unterworfen waren. Ein Begnadigungsakt hätte zum mindesten aus Gründen der Menschlichkeit erfolgen müssen, wenn überhaupt davon die Rede sein sollte. Gegen beide als deutsche Anarchisten schuld nicht selbst in Magdeburg eingewandert, aber was es in geschlagenen Freizeite. Da es nicht einmal ausgeht, auch wenn nicht. Wohl besser als als ande. In den Jahren der schärfsten Strafungsmaßnahmen zu sein. Lokal von den anderen hätte auf die Güte Rücksicht nehmen müssen, die anderer Auffassung sind. Das kann gar nicht scharf genug zurückgewiesen werden. Auf diese Kreise, die schwerer begreifen als normale Menschen, ist Rücksicht unzulässig. Sie hätten ohnedies nicht. Wir begreifen es jedenfalls, daß der Magistrat es abgelehnt hat, an Veranlassungen in diesen Fällen teilzunehmen. Sowohl an dem Festhalten der Festsitzung im Gipslande wie an dem Diners zu Ehren des Völkervertrages. Die deutschnationalen Blätter behaupten, daß bei einem Affront gegen die Amerikaner, obwohl der amerikanische Klub eben erst erklärt hat, er halte es für selbstverständlich, daß neben dem Sternenhanner auch die Reichsflagge wehe. Ausländer müssen immer erst gewarnt haben. Vermutlich kommt es zu einer Einigung, und auf dem Adlon möge dann die Flagge schwarz-rot-gold, die ja doch einmal angehängt werden muß. Hoffentlich ist das eine gute Lehre für die Zukunft.

Richard May.

**Nichts kommt von selbst,**  
auch die Verbreitung unserer  
**Wochenschrift**  
muß erarbeitet werden.  
Werbet bei allen Gelegenheiten Leser!  
Bestellkarte durch den Verlag

schäftigen soll. Vanderelbe ging dabei offenbar von der Erkenntnis aus, daß die Ermittlung der geschichtlichen Wahrheit immer dem Frieden dient, ganz gleich, zu welchen Schüssen sie gelangen. Deutschland hat nie bestritten, daß die Zerstörungen vorgenommen und Jüdischen erschollen worden sind. Nur hat es sich dabei immer auf das Völkervertrag berufen, das solche Repressalien für erlaubt erklärt, sobald Frankfurter Verbrechen verüben. In der Unterjudung fällt uns also die Beweislast zu. Wir müß-

